Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 69. **Halle a. S., Freitag, den 10. Februar.** **1911.**

Die Zweckverbandsgesetze.

L. C. Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns:

Bei der Diskussion über das allgemeine Zweckverbandsgesetz verglich der Redner der Volkspartei, Abg. Stadtrat Flesch, die angestrebten Zweckverbände mit der gleichfalls angestrebten inneren Kolonisation. Beide Ideen werden von allen Parteien, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten, als nützlich anerkannt. Aber in den Kreisen der Großgrundbesitzer besteht doch ein starker Widerstand gegen die innere Kolonisation; man hält sie, wie ein konservativer Führer verriet, für „ein etwas liberalisierendes Manöver, das aus falsch verstandenen sozialen Gesichtspunkten ins Werk gesetzt wurde". Und ganz ebenso, erklärte Stadtrat Flesch, haben weite Kreise in den städtischen Verwaltungen keine Freude und kein Zutrauen zu den Zweckverbänden, man hält sie für ein etwas konservatives Manöver, das aus sehr wohl verstandenen politischen Gesichtspunkten, nämlich zur Zurückdämmung des Einflusses der großen Städte, ins Werk gesetzt werden soll. Und sicher ist allerdings, daß viele Beförderer des Gesetzes wesentlich die Verhütung weiterer Eingemeindungen bezwecken; man will nicht, daß die größeren Städte die Dörfer in ihrer Umgebung aufsaugen, dadurch immer größeres Gewicht in den Kreis- und damit auch in den Provinzialverwaltungen gewinnen und den Einfluß des Großgrundbesitzes zurückdrängen. Man will lieber den Zustand, daß durch Beschluß der Kreisausschüsse und der Bezirksausschüsse die Städte gezwungen werden können, mit anderen kleineren Gemeinden und Gutsbezirken Zweckverbände einzugehen, „zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten", derart, daß zunächst der Kreisausschuß oder der Bezirksausschuß, falls eine Gemeinde sich nicht freiwillig mit dem Eintritt einverstanden erklärt, deren Zustimmung ergänzt und daß demnächst der Oberpräsident über die Bildung des Zweckverbandes endgültig beschließt. Der Zweckverband stellt dann gewissermaßen eine Gemeinde höherer Ordnung dar. Er hat seine eigene Gemeindevertretung, den Verbandsausschuß, in dem die Bürgermeister aller „zweckverbundenen" Gemeinden und für jeden Gutsbezirk ein Vertreter sitzen, in dem aber, wenn im Zweckverband mehr als drei Gemeinden oder Gutsbezirke vertreten sind, kein Verbandsmitglied mehr als ⅓ der Stimmen haben darf. Eine große Stadt, die mit einem halben Dutzend kleiner Orte zu einem Zweckverband, etwa für den Betrieb eines Elektrizitätswerkes oder zur Durchführung der Kanalisation, vereinigt ist, ist also sicher, stets überstimmt zu werden.

Der Zweckverband hat auch eine Art Bürgermeister, den Verbandsvorsteher, der stets der Bestätigung durch die Kommunal-Aufsichtsbehörde bedarf, auch wenn er an sich, z. B. in seiner Eigenschaft als Magistratsmitglied, einer solchen Bestätigung gar nicht bedürfte.

Und der Zweckverband hat endlich auch eine Art Verfassung, eine Satzung, und eine Art Besteuerungsrecht: das Recht, Beiträge zu erheben; alles durch Beschlüsse, die vereinbart werden, aber vom Kreis- (Bezirks-), Ausschuß bestätigt und, wenn sich die Beteiligten nicht einigen, in höchster Instanz vom Oberpräsidenten festgesetzt werden — bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt. Alles dies gilt freilich nicht für alle Zweckverbände, sondern nur für diejenigen, die gebildet werden sollen, „weil das öffentliche Interesse die Verbindung zur Wahrung einzelner kommunaler Angelegenheiten verlangt". Aber was öffentliches Interesse ist und wann das öffentliche Interesse die zwangsweise Verbindung verlangt, bestimmt nicht das Gesetz, sondern wieder Kreisausschuß oder Bezirksausschuß und Oberpräsident. Der Entwurf sagt nur, daß der Zwang, die „autoritative Verbandsbildung", überall möglich sei, wo es sich um Aufgaben handelt, die den Gemeinden gesetzlich obliegen oder die von den einzelnen zu vereinigenden Gemeinden bereits freiwillig übernommen sind oder um Elektrizitätsversorgung und öffentliche Verkehrseinrichtungen (Kleinbahnen usw.).

Mit Recht wurde in den Versammlungen darauf hingewiesen, daß diese Begriffe teils vollständig unbestimmt sind, teils gerade die wichtigsten und finanziell bedeutsamsten Gemeindeunternehmungen in sich fassen, die also durch die Zwangs-Zweckverbandsbildung den Gemeinden, die sie ins Leben riefen, aufs einfachste aus der Hand genommen werden können.

(Schluß folgt.)

Die Kosten der Militärvorlage.

)) **Berlin**, 10. Februar 1911.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte gestern die Beratung über die Kosten der Militärvorlage fort. Ein nationalliberaler Abgeordneter wünscht vom Reichsschatzsekretär eine bestimmtere Erklärung in der Richtung,

daß neue Steuern durch das Gesetz überhaupt nicht erforderlich werden.

Ein fortschrittlicher Redner schließt sich ihm an und äußert ernsthafte Sorge über die finanzpolitischen Verhältnisse in den nächsten Jahren.

Der Reichsschatzsekretär führt aus, selbst wenn die bei der Finanzreform in Ansatz gebrachten 500 Millionen voll eingehen würden, müsse dennoch recht sparsam gewirtschaftet werden. Bei den Verhandlungen über die Steuergesetze sei dies durch Vertreter des Schatzamts und einzelner Parteien auch nachdrücklichst betont worden, ebenso in der Begründung der Finanzreform. In bezug auf die voraussichtlichen Mehreinnahmen und -ausgaben weist der Staatssekretär darauf hin, daß für 1911 etwa 30 bis 35 Millionen Mark Mehreinnahmen an Zöllen und Steuern im Etat eingesetzt seien; weitere Steigerungen in den folgenden Jahren seien wahrscheinlich. Der Umstand, daß bei der Zuwachssteuer die Rückwirkung gestrichen sei, wirke auf die Erträgnisse dieser Steuer in den nächsten Jahren ungünstig ein. Jedenfalls müsse es bei strengster Sparsamkeit in allen Ressorts bleiben. Vielleicht könne bei den fortdauernden Ausgaben für die Militärvorlage etwas gespart werden, und es sei auf jeden Fall besser, die Verteilung der einmaligen Ausgaben den einzelnen Jahren vorzubehalten.

Generalmajor Wandel erwidert auf einen Angriff von sozialdemokratischer Seite, von verschleierten Absichten des Kriegsministeriums könne keine Rede sein. Uebrigens seien im Militäretat bereits

Abstriche von vier Millionen Mark

vorgesehen.

Der Korreferent Abg. Erzberger legt noch einmal dar, daß die Gesamtkosten der Vorlage sich sehr wohl auf 141,4 Millionen Mark naturgemäß steigern könnten. Auf die Verteilung der einmaligen Ausgaben auf die einzelnen Jahre komme allerdings recht viel an.

Von sozialdemokratischer Seite wird der Gegensatz zwischen den Ausführungen der Korreferenten vorgestern und gestern hervorgehoben. In der Zwischenzeit müsse wieder eine Verständigung hinter den Kulissen erfolgt sein. Der Kriegsminister legt entschieden Verwahrung ein gegen den Vorwurf, es wäre mit doppelten Karten gespielt. Wenn den Referenten eine Aufstellung in die Hand gegeben wäre, die die Absichten der Heeresverwaltung für die voraussichtliche Verteilung der einzelnen Forderungen auf die Jahre 1912 bis 1915 enthalte, so wäre das gerade in der Absicht geschehen, um Klarheit zu schaffen. Die Aufstellung stände nicht im Widerspruch mit den Anlagen der Vorlage. Richtiger wäre es vielleicht gewesen, die den Referenten zugänglich gemachten Zahlen auch der Finanzverwaltung vorher mitzuteilen.

Die Kommission tritt sodann in die Beratung des § 2 der Heeresvorlage ein. Die Aussprache erstreckt sich hauptsächlich auf die

Aufstellung von 87 Maschinengewehr-Kompagnien
(1 Kompagnie pro Brigade).

Ein Mitglied der Reichspartei bedauert die Herabsetzung der Etats bei einem Teil der Infanterie. Ein Vertreter der Konservativen schließt sich dem an, beruft sich aber darauf, daß der Kriegsminister dafür die Verantwortung trage. Der Kriegsminister betont, daß er die Verantwortung voll übernehme. Die Herabsetzung der Etats bei der Infanterie sei niemand schwerer geworden als ihm. Er habe sich nur dazu entschlossen, weil erstens durch die Maschinengewehr-Kompagnien die Feuerkraft der Infanterie vermehrt werde, zweitens keine Verminderung der Zahl an Infanteristen im Beurlaubtenstande dadurch eintritt, weil die am Maschinengewehr verwendeten Mannschaften auch als Infanteristen ausgebildet werden, drittens die Finanzlage diese Ersparnis fordere, wenn die Maschinengewehr-Kompagnien geschaffen werden sollen. Der Kriegsminister versichert, daß in der Vorlage wirklich nur das gefordert werde, was unumgänglich notwendig sei. Man solle nun aber auch das Vertrauen haben, daß tatsächlich nichts Ueberflüssiges mehr in der Vorlage enthalten sei. — Die Maschinengewehr-Kompagnien werden bewilligt.

Von konservativer Seite wird bedauert, daß

23 reitende Batterien

aus Sparsamkeitsrücksichten in Fußartillerie umgewandelt worden sollen. Der Kriegsminister erklärt hierzu, ihm sei die Auflösung einiger reitenden Batterien ebenfalls sehr schwer geworden, besonders auch mit Rücksicht darauf, daß es sich um Batterien mit ruhmreicher Vergangenheit handelt. Diese ethischen Momente spielten im Ernstfall eine wesentliche Rolle. Gerade aus diesem Abstrich, der trotz aller entgegenstehenden Bedenken erfolge, lasse sich aber erkennen, wie ernst es der Heeresverwaltung damit sei, der Finanzlage des Reichs Rechnung zu tragen. Auch eine andere Organisation der verbleibenden reitenden Abteilung sei nicht in Vorschlag gebracht, lediglich weil die Mehrkosten zu groß geworden wären. — Die Beratung wird heute fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.

123. Sitzung, Donnerstag, den 9. Februar 1911.

Am Tische des Bundesrats: **v. Lisco, Dr. Beseler.**

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Die zweite Lesung des Gerichtsverfassungs-Gesetzes.

(Vierter Tag.)

Die Beratung wird fortgesetzt beim § 77, der das Laienelement in die Strafkammer Erster Instanz einführt und zwar 3 Schöffen neben 2 Richtern. Dagegen bleibt für die Berufungsinstanz nach dem Kommissionsbeschlusse übereinstimmend mit der Regierungsvorlage das Laienelement wie bisher ausgeschlossen. In erster Lesung hatte die Kommission auch hierfür die Teilnahme von 2 Schöffen vorgesehen.

Abgg. **Dr. Müller-Meiningen** (Vp.) und **Groeber** (Ztr.) beantragen das Laienelement auch für die Berufung und zwar wie in der ersten Instanz mit 3 Schöffen neben 2 Richtern. Die Sozialdemokraten verlangen in ihrem Antrage sowohl für die erste wie für die Berufungsinstanz 4 Schöffen neben dem vorsitzenden Berufsrichter.

Abg. **Dr. Wagner** (kons.): Die Ansichten meiner politischen Freunde in dieser Frage sind einstweilen noch geteilt. Unsere endgültige Stellungnahme hängt ab von den zu erwartenden Erklärungen der verbündeten Regierungen. Unsere ganze Gesetzgebung ist diktiert von einem Mißtrauen gegen die Gerichte. Der Sozialdemokratie aber werden wir es nie recht machen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß es eine Klassenjustiz geben wird, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht. Das Wort „Klassenjustiz" ist geradezu zum politischen Schlagwort geworden. Die Annahme des Antrages Groeber würde die Vorlage für einen Teil meiner politischen Freunde unannehmbar machen.

Abg. **Groeber** (Ztr.): Der Vorredner hat sich in rührender Weise der „überlasteten" Schöffen angenommen. Konsequenterweise hätte er die Abschaffung der Schöffeninstitution beantragen müssen. Das konnte er aber nicht, denn wir haben bekanntlich mit den Strafkammern keine befriedigenden Erfahrungen gemacht. In der Kommission haben selbst Staatsanwälte und Reichsanwälte erklärt: So kann es mit den Strafkammern nicht mehr weitergehen! Es ist auffallend, daß ein Vertreter der Konservativen gegen die Regierungsvorlage so scharf vorgegangen ist. Heute ist die Hauptfrage, ob man Laien auch in der Berufungsinstanz zuziehen soll. Die Stellungnahme zu dieser Frage ist gegeben durch den Grad der Wertschätzung des Laienelements in der Rechtsprechung. Wer den Wert der Zuziehung von Laien so gering taxiert, wie der Abg. Wagner, wird natürlich das Laienelement ablehnen. Es haben sich aber auch schon Konservative für die Zuziehung der Laien ausgesprochen. Vor allem aber kann man sich als Freund der Laienrichter auf die Begründung der Regierungsvorlage berufen. Dort ist ausgeführt, daß die Schöffen bei der Aufklärung des Sachverhalts und der Festsetzung der Strafe eine nicht zu unterschätzende Hilfe bieten. Exzellenz Hamm in Bonn hat in einem Vortrage ausgeführt, daß man Laien auch in der Berufungsinstanz zulassen solle. Wenn man sie nur in erster Instanz zuließe, so sei das eine Halbheit und offenbare ein unbegründetes Mißtrauen. Sollte Mangel an Schöffen sein, warum läßt man dann die Lehrer nicht zum Schöffenamt zu? Man will jetzt die Berufungsgerichte nur mit drei Juristen besetzen, das bedeutet eine wesentliche Aenderung der jetzigen Einrichtung zu Ungunsten des Angeklagten. Wir beantragen daher, die Berufungsinstanz ebenso wie die erste Instanz zu besetzen.

Abg. **Bassermann** (ntl.): Bei den Gewerbegerichten und den Kammern für Handelssachen haben wir mit dem Laienelement die besten Erfahrungen gemacht. Die Kommission hat sich ebenfalls für die Zuziehung des Laienelements ausgesprochen. Wir sind stets in dieser Richtung tätig gewesen. Der Redner verweist auf eine Rede des Abg. Schiffer im preußischen Abgeordnetenhause. Bei den schweren Delikten bei den Schwurgerichten, wo es keine Berufung gibt, sind Schöffen tätig. Warum sollen sie da nicht in Berufungskammern mitwirken? Es muß Bitternis im Volk erregen, wenn die Juristen dann ohne weiteres ein Urteil des Volksgerichts aufheben. Das projektierte Dreirichter-Kollegium ist so ziemlich die schlechteste Organisation, die man sich denken kann. Das müßte ein trauriger Vorsitzender sein, der nicht wenigstens einen Beisitzer auf seine Seite ziehen kann! Dann aber ist es doch gleich am besten, diesen einen Richter allein urteilen zu lassen. Wir werden für den fortschrittlichen Antrag stimmen. (Beifall.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Dieses Dreimänner-Kollegium ist der reaktionärste Vorschlag, den man sich denken kann. Die Laien sollen nur in erster Instanz ein Urteil vorschlagen. Paßt das dem Staatsanwalt nicht, dann geht er zu seinen drei gelehrten Richtern. Da muß auch der kleinste Rest von Vertrauen zur Rechtspflege schwinden. Das Prinzip, das Laienelement stärker als die gelehrten Richter heranzuziehen, ist in der Militärgerichtsbarkeit durchaus anerkannt. Was dem Militär Recht ist, muß aber auch für das Zivil billig sein. Freilich hat die Zuziehung des Laienelements nur Wert, wenn die Schöffen aus allen Teilen der Bevölkerung entnommen werden. Den Beweis, daß das nicht möglich ist, hat die Regierung bisher nicht erbracht. Recht kann nur Recht werden, wenn die Richter aus allen Kreisen der Bevölkerung sich rekrutieren. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (Vp.): Mit Naturnotwendigkeit kommt man vom Standpunkt einer volkstümlichen Justiz dazu, auch für die Berufungsinstanz das Laienelement zu fordern. Der Abg. Stadthagen hat in seiner Kritik gegen die Richter maßlos über die Schnur gehauen. Dieses Uebermaß an Kritik weisen wir mit aller Energie zurück. (Beifall.) Das Vertrauen zu der Rechtspflege ist leider allerdings nicht mehr so, wie es sein sollte. Nur ein Mensch mit Scheuklappen kann das bestreiten. Das beste Mittel, das Vertrauen wieder zu gewinnen, ist die Beteiligung des Laienelements an der Rechtsprechung in allen Instanzen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110210016/fragment/page=0001

und in einer Stärke, daß das Laienelement selbst einen Freispruch erzielen kann. Die Lehrer sind das beste Material zu Schöffen und Geschworenen. Man siebe die Schöffen und Geschworenen nicht nach religiösen und politischen Tendenzen aus. Eine Art Kontrolle durch das Laienelement wünschen alle verständigen Richter. Die Regierung sollte zum Laienelement mehr Vertrauen haben. Wir dürfen uns durch das Unannehmbar der Regierung, das jetzt sicherlich diesem Punkte gegenüber erfolgen wird, nicht abschrecken lassen. (Beifall links.)

Staatssekretär **Dr. Lisco:** Das Schicksal des ganzen Gesetzes hängt von diesem Paragraphen ab. Die Zuziehung des Laienelements zur ersten Instanz ist auch der Regierung erwünscht. Freilich wären vier Laien und ein Berufsrichter nicht die richtige Verteilung; wegen der schwierigen rechtlichen Fragen und dann auch, weil es große Schwierigkeiten mache, so viele Laien zu finden. Ich bitte es also in dieser Beziehung beim Kommissionsbeschluß zu belassen. Anders als in der ersten Instanz, liegt es aber in der Berufungsinstanz. Hier handelt es sich nicht um ein eigentliches Ermittelungsverfahren, sondern um eine kritische Methode und da wollen wir allerdings die Laien fernhalten. Im Schöffen- und Schwurgericht haben sie sich bewährt, darum sollen sie auch in die Strafkammer, also in sämtliche Sachen in erster Instanz. Das ist wahre Logik. Das Laienelement in der Berufungsinstanz ist für die Regierung unannehmbar. Es wäre tief zu beklagen, wenn wegen einer einzelnen Bestimmung die ganze Vorlage scheitern soll.

Abg. **Barenhorst** (Rp.) stellt sich namens seiner Parteifreunde auf den Standpunkt der Regierung. Die Nachprüfung von Rechtsfragen in der zweiten Instanz geschieht am besten durch geschulte Richter. Was soll der Landwirt zur Zeit der Ernte anfangen, wenn er auch noch in die Berufungsinstanz einberufen wird?

Abg. **Graef** (wirtsch. Vgg.): Die Linke verlangt zuviel. Die Hetzartikel des Berliner Tageblatts gehen sogar noch über den Vorwärts hinaus.

Preußischer Justizminister **Dr. Beseler:** Das ungünstige Urteil über die Berufsrichterkollegien beruht wohl auf einen Fehlschluß, man übersieht, daß die Urteile der Schöffengerichte, soweit es Fehlsprüche waren, vielfach durch die zweite Instanz beseitigt wurden, während es gegen Strafkammerurteile bisher eine zweite Instanz nicht gab. Diese soll ja aber jetzt eingeführt werden. Die große Erregung über diese Frage ist wohl nur dadurch entstanden, daß sich bisher in der Fachliteratur und der Tagespresse nur Juristen geäußert haben. In der zweiten Instanz kommt auch die Nachprüfung der rechtlichen Momente in Frage, und da würden die Laien vollständig von den Juristen abhängig sein. Schon jetzt ist es in einigen Gegenden häufig gar nicht leicht, die nötige Zahl von geeigneten Schöffen zu finden, bei Steigung des Bedarfs wäre das Ergebnis außerordentlich zweifelhaft. Wir können die Verantwortung nicht übernehmen.

Abg. **Werner** (Rp.): Dr. Wagner hat eine wunderbare Rede gehalten, der ich durchaus nicht zustimmen kann. Die Schöffen müssen auch in die zweite Instanz hinein.

Abg. **Wellstein** (Ztr.): Wie immer sind die Juristen geteilter Meinung. Die Ausführungen des Ministers unterschreibe ich Wort für Wort. Bei der Zuziehung der Laien in der Berufungsinstanz ist größte Vorsicht vonnöten.

Abg. **Wölzl** (nl.): Man darf die Mitwirkung des Laienelements nicht überschätzen, obwohl es sich bei den Schwurgerichten durchaus bewährt hat.

Abg. **Zietsch** (Soz.): Vor dem Unannehmbar fürchten wir uns nicht. Wenn die Vorlage scheitert, dann muß eben eine neue kommen.

Abg. **Dove** (Vp.): Wenn es an Schöffen fehlt, dann muß man die Lehrer heranziehen, die schon lange unberechtigter Weise zurückgesetzt worden sind.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. Die Abstimmung erfolgt erst morgen.

Weiterberatung: Freitag 1 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

Deutsches Reich.

Bevorstehender Ministerwechsel in Preußen.

In unterrichteten politischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß für die nächste Zeit ein neues Ministerrevirement zu erwarten ist. Der preußische Justizminister Beseler gedenkt sich, wie wir bereits vor mehreren Wochen melden konnten, in den Ruhestand zurückzuziehen und soll diese Absicht kürzlich auch dem Ministerpräsidenten mitgeteilt haben. Mit voller Sicherheit wird ferner mit dem Rücktritt des Staatssekretärs des Reichspostamts Kraetke gerechnet, der durch den Handelsminister Sydow, der bekanntlich einen Teil seiner Beamtenlaufbahn im Reichspostamt verbrachte, ersetzt werden soll. Als Sydows Nachfolger wiederum nennt man einen bekannten Berliner Groß-Bankdirektor und ehemaligen nationalliberalen Abgeordneten (Geh. Rat Witting), der sich beim Kaiser besonderer Gunst erfreut. Der erst kürzlich zum Großadmiral beförderte Staatssekretär Tirpitz ist gleichfalls amtsmüde. Er hat schon seit langer Zeit die Absicht, sein antreidendes Amt niederzulegen, wollte aber nur den Zeitpunkt abwarten, da an der vollständigen Durchführung des Flottengesetzes nicht mehr zu zweifeln ist. Dieser Zeitpunkt ist in diesem Jahre erreicht. Als Nachfolger nennt man in erster Linie den Vizeadmiral v. Heeringen, einen Bruder des Kriegsministers.

Abgelehnte Orden.

Nachdem bereits im Vorjahre fünf Volksschullehrer in Wiesbaden, die in den Ruhestand traten, sich eine Ordensauszeichnung verbeten hatten, haben sicherem Vernehmen nach jetzt zwei Lehrer, die zum 1. April d. J. pensioniert werden, dasselbe getan. Die Lehrerschaft erblickt in der Verleihung des Adlers der Inhaber des Hohenzollernschen Hausordens, mit dem die Lehrer fast ausnahmslos dekoriert werden, keine dem Stand entsprechende Auszeichnung. Soviel dürfte wohl sicher sein, daß die Wiesbadener Lehrer auf diesen Orden verzichten.

Besteuerung des Patriotismus.

Das Kapitel der Lustbarkeitssteuer ist unerschöpflich. So wollte die Gemeinde M.-Gladbach-Land vor einigen Jahren einen Fußballklub zur Lustbarkeitssteuer heranziehen. Im vergangenen Jahre haben wir ferner berichtet, daß die Stadt Liegnitz die in ihrem Machtbereich aufgestellten automatischen Personenwagen als lustbarkeitssteuerpflichtige Veranstaltungen behandeln wollte, was der Stadt erst auf Klage der betroffenen Firma Stollwerck u. Ko. in Köln durch das Oberverwaltungsgericht abgeschnitten wurde. Ein anderer Fall ist soeben erst vom Oberverwaltungsgericht in Berlin entschieden worden, auch hier zu ungunsten der die Steuer fordernden Gemeinde. Die Stadt Danzig behauptete nämlich, daß ein patriotisches Festessen, wie es alljährlich zur Feier von Kaisersgeburtstag überall stattzufinden pflegt, ebenfalls eine steuerpflichtige Lustbarkeit bilde; denn die Steuerordnung behandle „Festessen" als solche. Der Veranstalter des Festessens, der Kreisausschuß des Kreises Danziger Höhe, hatte in allen untern Instanzen Mißerfolg, erst das Oberverwaltungsgericht erklärte, daß „eine Veranstaltung, die begrifflich nicht eine Lustbarkeit sei, auch durch eine Steuerordnung nicht für eine solche erklärt werden könne". Ein solches Festessen sei aber dazu bestimmt, das patriotische Empfinden zu pflegen und ihm Ausdruck zu geben. Demnach habe der beklagte Magistrat trotz des Wortlauts der Steuerordnung keinen Anspruch darauf, eine Steuer von dem Kläger zu erheben. —

Es wäre wünschenswert, daß diese Worte des Oberverwaltungsgerichts von allen Gemeinden beachtet und auch sinngemäß auf andere Verhältnisse angewandt würden.

Parteinachrichten.

Der Vorstand des nationalliberalen Vereins zu Naumburg a. S. sendet der dortigen „Allgemeinen Zeitung" folgende Erklärung:

„Auf der kürzlich in Mertendorf abgehaltenen Versammlung des hiesigen konservativen Kreisvereins hat ein Vorstandsmitglied desselben einen Vortrag über den Bauernbund gehalten und dabei heftige Angriffe auch gegen die nationalliberale Partei gerichtet. Insbesondere ist ihre ehrliche Vertretung der bäuerlichen Interessen angezweifelt und die Verdächtigung ausgesprochen, sie — wie die Liberalen überhaupt — habe ihre Haltung bei der Reichsfinanzreform nicht durch sachliche Erwägungen, sondern durch Popularitätshascherei bestimmen lassen.

Nachdem unsere Bemühungen, durch Verhandlungen mit dem Herrn Vorsitzenden des hiesigen konservativen Vereins eine ausreichende Richtigstellung zu erlangen, leider vergeblich geblieben sind, sehen wir uns danach zu folgender

Erklärung

veranlaßt:

1. Wir verwahren uns gegen die Anschwärzungen unserer Partei bei der Bauernschaft. Dieselben haben ihre beste Widerlegung schon durch die Tatsache gefunden, daß gerade in den Tagen der Mertendorfer Versammlung im preußischen Landtag von einem den konservativen Parteien angehörigen Abgeordneten festgestellt werden mußte, die jetzigen Landwirtschaftszölle, durch deren Einführung sich bekanntlich die Lage der deutschen Landwirtschaft erst wieder gehoben hat, seien durch die wertätige Unterstützung gerade der nationalliberalen Reichstagsfraktion erlangt. Ein Teil der konservativen Abgeordneten hat bekanntlich dagegen gestimmt!

2. Wir verwahren uns gegen die Unterstellung, als ob unsere Partei bei der Reichsfinanzreform sich von anderen als sachlichen Gesichtspunkten habe leiten lassen. Auch wer es mit seiner Loyalität überhaupt vereinbaren zu können meint, solche Angriffe ohne die leiseste Spur eines Beweises gegen politische Gegner zu erheben, durfte das nicht gegenüber einer Partei, deren ganze Geschichte beweist, daß sie sich von keiner anderen Partei in der Betätigung nationalen Sinnes übertreffen läßt. Gerade bei der Reichsfinanzreform aber haben bekanntlich die sachlichen Gründe der Nationalliberalen auch recht viele Konservative davon überzeugt, daß die Haltung der konservativen Reichstagsfraktion ein tief bedauerlicher Fehler war. Das ist in konservativen Vereinen, in konservativen Zeitungen und selbst auf dem konservativen Parteitag aufs deutlichste ausgesprochen. Danach ist es, gelinde gesagt, unbegreiflich, wenn gerade in dieser Frage Konservative sich erlauben, unserer Partei sachliche Gründe für ihre Haltung abzusprechen.

3. Wir verwahren uns aber auch deshalb gegen diese vom Zaun gebrochenen unbegründeten Angriffe, weil sie in einem Wahlkreise erfolgt sind, der bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nur durch die höchste und einmütige Anstrengung aller bürgerlichen Parteien und Wähler gegen die Sozialdemokratie gehalten werden kann. Gerade hier hätte sicherlich jeder Angehörige der bürgerlichen Parteien die Pflicht gehabt, besonders gewissenhaft alles zu vermeiden, was Zwietracht unter den bürgerlichen Parteien säen und dadurch lediglich die Geschäfte der Sozialdemokratie fördern muß. Auch konservative Wähler werden schwerlich verstehen, wie die plötzlichen Angriffe gegen unsere Partei gerade in diesem Wahlkreise sich vereinbaren lassen sollen mit dem Worte, das man in Mertendorf so stolz im Munde geführt hat:

Das Vaterland über die Partei!

Der Vorstand des Nationalliberalen Vereins zu Naumburg a. S.

× **Berlin,** 9. Febr. Zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde an Stelle von Paul Singer der Abg. Molkenbuhr gewählt. Bebel und Molkenbuhr sind sonach Vorsitzende mit gleichen Rechten. — In sozialdemokratischen Parteikreisen besteht die Absicht, das Reichstagsmandat Paul Singers nicht einer der führenden Persönlichkeiten zu übergeben, um nicht die Idee aufkommen zu lassen, als sei der neue Vertreter des vierten Berliner Wahlkreises auch sonst der „Nachfolger" Singers. Anscheinend will man einen im vierten Wahlkreise wohnende Arbeiter aufstellen.

Kleine vermischte Nachrichten.

Der Bundesrat versammelte sich Donnerstag zu einer Plenarsitzung, ebenso trat das Königliche Staatsministerium zu einer Sitzung zusammen. — Dem Polizeipräsidenten Dall in Straßburg ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Landesdienste mit Pension erteilt.

Aus den Kolonien.

Lüderitzbucht. Nördlich von Lüderitzbucht, an der Küste zwischen Itschabo und der Hottentottenbay, sind, wie verlautet, wertvolle neue Diamantenfunde gemacht worden. Diese sonst ziemlich storiemäßig anmutende Meldung gewinnt an Wahrscheinlichkeit angesichts der gleichzeitigen Nachricht, die Deutsche Diamantengesellschaft habe die Meldung von wertvollen neuen Funden im Sperrgebiet erhalten. — Wie hier verlautet, erzielten die „Vereinigten Lüderitzbuchter Diamantminen" ein günstiges Abkommen mit der Kolonialgesellschaft. Näheres ist darüber noch nicht bekannt, doch vermutet man, daß es sich um die Feldessteuer handelt. (D. Swb.)

Hof- und Personalnachrichten.

Wie die „Nordd. Allgem. Ztg." meldet, nimmt die Erkältung des Kaisers einen regelmäßigen Verlauf. Der Kaiser ist fieberfrei, wird aber noch einige Tage das Zimmer hüten müssen.

Der preußische Gesandte in München v. Schlözer und Gemahlin gaben am Mittwoch im Gesandtschaftspalais und in den Räumen der anstoßenden Schack-Galerie ein großes Ballfest, wozu Prinz und Prinzessin Ludwig mit sämtlichen in München weilenden Mitgliedern der königlichen Familie, Prinz Ernst August von Braunschweig, das diplomatische Korps und die Hofgesellschaft erschienen waren. Im ganzen waren über 300 Gäste anwesend. Ball und Souper nahmen einen angeregten Verlauf.

Der Inspekteur der Kriegsschulen, **Generalleutnant von Wallenberg,** der schon längere Zeit leidend ist, wird, wie wir hören, zum April d. J. seinen Abschied nachsuchen.

Dem ordentlichen Professor an der Universität in Gießen, Dr. **Erich Kaiser,** ist der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen worden.

Zum serbischen Generalkonsul in Hannover wurde Herr Ernst Hirsch, Mitinhaber von „Louis Hirsch's Telegraphisches Bureau" ernannt.

Der zweite Hofball.

Am Mittwoch abend fand im Königl. Schlosse der zweite diesjährige Hofball statt. Ueber den Verlauf der Festlichkeit wird der „Nordd. Allgem. Ztg." mitgeteilt: Unter den Fremden bemerkte man die in Berlin weilende Deputation des russischen Husarenregiments, dessen Chef die Kaiserin ist. Um 9 Uhr erschien der Hof unter den Klängen des Einzugs der Gäste auf die Wartburg (Tannhäuser), vorgetragen von der Ballkapelle unter Kapellmeister Graf (2. Garderegiment). Den drei Marschällen Graf Eulenburg, Frhr. v. Lyncker und Graf Henckel-Donnersmarck, dem Oberstkämmerer Fürsten Solms-Baruth und dem Oberstmarschall Fürsten Fürstenberg folgte die Kaiserin, geführt vom Prinzen Heinrich. Die Kaiserin trug eine Robe mit Silberstickerei über Weiß und mit schwarzem Tüll. Prinz Eitel Friedrich folgte mit der Prinzessin Heinrich, Prinz August Wilhelm mit der Prinzessin Eitel-Friedrich, Prins Oskar mit der Prinzessin Friedrich Leopold, Prinz Joachim mit der Prinzessin August Wilhelm, Prinz Friedrich Wilhelm mit der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen, der Fürst von Hohenzollern mit der Prinzessin Viktoria Luise, Prinz Georg von Griechenland mit der Prinzessin Viktoria Margarete, Prinz Albert zu Holstein-Glücksburg mit der Prinzessin Auguste Viktoria von Hohenzollern. Prinz Heinrich begrüßte die Gemahlinnen der Botschafter und diese selbst, die Kaiserin wandte sich zuerst den Fürstinnen zu. Gleichzeitig begann der Ball mit dem Walzer „Goldschmieds Töchterlein" von Fétras. Die Prinzen und Prinzessinnen beteiligten sich auch diesmal lebhaft an den Tänzen. Gegen 11 Uhr wurde der Ball wie üblich durch ein Souper unterbrochen.

Die kommende Reichstagswahl.

Für Wittenberg-Schweinitz wurde in der Vertrauensmänner-Versammlung der Konservativen Partei als Reichstagskandidat Rittergutsbesitzer Lettre auf Neudeck, Kreis Herzberg, aufgestellt.

Ausland.

Rifaat Pascha über die Bagdadbahn.

Der türkische Minister des Aeußern, Rifaat Pascha, sagte dem Konstantinopler Vertreter der „Daily Mail", der ihn interviewte:

„Die Verhandlungen zwischen England und der Türkei über die Verlängerung der Bagdadbahn nach dem Persischen Golf haben zwar noch nicht begonnen, aber die vorbereitenden Schritte dazu werden zurzeit getan. Da die Bagdadbahn doch schließlich auf türkischem Gebiete liegt, sind wir der Meinung, daß wir selbstverständlich die an dieser Frage am meisten Interessierten sind. Wir erkennen gleichwohl an, daß England kommerzielle Interessen im Golfgebiet hat, und wir wollen diese Interessen nach Möglichkeit berücksichtigen. Wir wünschen, britisches Kapital für die Bagdadbahn zu gewinnen, wie wir auch französisches Kapital dafür zu interessieren hoffen. Wir dürfen aber die Tatsache nicht außer acht lassen, daß Englands Interessen größer sind als die Frankreichs. Die Bagdadbahngesellschaft hat die Konzession, die Linie bis zum Golf weiter zu führen, aber wir hoffen, daß es uns möglich sein wird, uns mit der Gesellschaft zu verständigen. Gegenwärtig werden zwischen der Pforte und der Bagdadbahngesellschaft Unterhandlungen geführt, nicht aber mit der deutschen Regierung. Auf diese Verhandlungen werden solche mit England folgen."

Der deutsche Botschafter Freiherr v. Marschall besprach mit dem Großwesir und dem Finanzminister den Ausbau der Bagdadbahnstrecke Helif—Bagdad sowie der Strecke Angora—Siwas und Siwas—Eregli der anatolischen Bahn. In den jungtürkischen Komiteekreisen ist man dem beschleunigten Ausbau dieser Strecken äußerst günstig gesinnt.

Der griechische Verfassungsentwurf.

♁ Aus Athen wird gemeldet:

Ministerpräsident Venizelos brachte in der Doppelkammer den Entwurf der Verfassungsrevision ein. In seiner Rede warf er einen Rückblick auf das Schicksal der Revisionsidee. Der Eintritt so vieler Politiker der früheren Parteien habe das Werk der vorigen Revisionskammer erschwert, deshalb sei er zur Auflösung geschritten. Die Neuwahlen hätten eine einheitlichere gesetzgebende Körperschaft ergeben, die eine erfolgreiche Durchführung der Revision erhoffen lasse. Damit werde das Ziel erreicht, das der eigentliche Zweck der vom Volke gebilligten Militärrevolte gewesen. Der vorgelegte Entwurf enthalte eine begrenzte Revision solcher Verfassungsbestimmungen, die nicht fundamentaler Natur sind. Die Kammer könne die Grenzen erweitern und die Revision auf andere Verfassungs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110210016/fragment/page=0002

punkte ausdehnen, nur sei sie nicht dazu berufen, Bestimmungen grundlegender Natur zu ändern.

Apothekerstreik in Lodz.

Aus Warschau wird gemeldet:

Durch den Streik der Apothekergehilfen in Lodz, der nun schon eine ganze Weile andauert, ist in dieser Fabrikstadt, in der die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung ohnehin ungünstig sind, eine ungeheure Kalamität entstanden. Zwar sind die Apothekenbesitzer unausgesetzt tätig, um das Allernotwendigste zu erledigen, sie sind jedoch nicht imstande, die Arbeit zu bewältigen. Sie richteten daher an den Medizinal-Inspektor die Bitte, 18 Apotheken schließen zu dürfen. In den übrigen 6 wollen sie dann der Reihe nach die Arbeiten übernehmen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 10. Februar.

An der Universität Halle

studieren im Winter-Semester 1910/11 mit Einschluß der nachträglich Immatrikulierten und Hospitanten 366 Landwirte von Beruf.

Hiervon gehören an dem Königreich Preußen: Prov. Sachsen 54, Prov. Hannover 24, Prov. Brandenburg 20, Prov. Schlesien 16, Prov. Westpreußen 13, Prov. Hessen-Nassau 12, Prov. Westfalen 11, Rheinprovinz 8, Prov. Schleswig-Holstein 8, Prov. Ostpreußen 8, Prov. Posen 6, Prov. Pommern 5, zus. 185; Braunschweig 9, Königreich Sachsen 7, Königreich Bayern 6, Anhalt, Mecklenburg-Schwerin, Württemberg je 5 = 15, Baden 4, Sachsen-Koburg-Gotha, Sachsen-Altenburg je 3 = 6, Oldenburg, Sachsen-Weimar je 2 = 4, Hamburg, Hessen, Reuß ä. L., Reuß j. L., Waldeck, Schwarzburg-Sondershausen je 1 = 6, Oesterreich-Ungarn 73, Rußland 34, Serbien 5, Rumänien 3, Bulgarien, Dänemark, England, Niederlande, Schweiz, Türkei je 1 = 6, Asien 3.

Außerdem beteiligen sich am landwirtschaftlichen Studium 57 Kameralisten.

Auszeichnung.

Amtlich wird mitgeteilt, daß dem stellvertretenden Handelsrichter Herrn Kaufmann Guido Müller hier der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen worden ist.

Weltausstellung der Hygiene in Dresden.

Da die Bedeutung der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 von Tag zu Tag mehr in der Oeffentlichkeit erörtert wird, ist es erfreulich, daß sich in unserer Stadt ein Verein gefunden hat, der es sich zur Aufgabe machte, seinen Mitgliedern und weiteren Kreisen bereits vor der Eröffnung der Ausstellung einen Begriff von dem werdenden Weltunternehmen zu geben.

In der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik (Zweigverein Halle) sprach Herr Lehrer Otto über die „Bedeutung der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911" in einem 1½stündigen Vortrage, der durch Lichtbilder reich illustriert wurde.

Der Vortragende begann mit einem interessanten Ueberblick über die eigenartigen Wandlungen, die die Hygiene seit dem frühesten Altertum bis auf den heutigen Tag durchgemacht hat. Es war interessant zu vernehmen, wie zur Zeit der alten Aegypter, Inder und Juden, zur Zeit der griechischen und römischen Kultur hygienische Grundsätze gepflegt wurden, um die wir modernen Kulturmenschen die alten Kulturen in gewissem Sinne beneiden können. Als der Hauptzweck der Ausstellung ist eine umfassende hygienische Aufklärung anzusehen,

Rechtschreibung der Familiennamen.

Vielfach wird behauptet, daß auch Familiennamen den Regeln der Rechtschreibung unterliegen, wie solche für die Schule und den amtlichen Verkehr ergangen sind. Diese weitverbreitete Ansicht hat die Billigung des Kammergerichts nicht gefunden.

Das Kammergericht hat vielmehr zwei Vorentscheidungen abgeändert und zugunsten eines Mannes entschieden, welcher beantragt hatte, daß seine Heiratsurkunde berichtigt und sein Name nicht mit ß, sondern mit ss geschrieben werde. Das Kammergericht führte u. a. aus, daß für die Schreibweise von Familiennamen die Regeln der für Schulen und Behörden geltenden Rechtschreibung nicht in Frage kommen können. Bei der Schreibweise von Familiennamen spiele die Familientradition eine große Rolle. Die Schreibweise eines Personennamens sei häufig für den Nachweis, daß eine Person einer bestimmten Familie angehöre, von erheblicher Bedeutung. Familiennamen werden hauptsächlich zu dem Zwecke geführt, Personen von einander unterscheiden zu können. Die Unterscheidungsmöglichkeit von Personen werde aber ohne Zweifel dadurch erheblich begünstigt, daß die Namen verschiedenartig geschrieben werden.

Die Kaiserliche Leopoldinisch-Carolinische Deutsche Akademie der Naturforscher hat als Mitglied aufgenommen Herrn Geheimen Regierungsrat Professor Dr. W. Nernst, Direktor des Instituts für physikalische Chemie an der Universität Berlin.

Vereins- und Versammlungsnachrichten.

Der Ortsverband der Gemeindebeamten zu Halle a. S. hält am Sonnabend, den 11. Februar d. J., pünktlich 8½ Uhr abends, in Zicheges Hotel (Wettiner Hof, Magdeburgerstr. 5, Hof rechts), seine erste Vierteljahrsversammlung in diesem Jahre ab. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Wahl eines Lokals zur Abhaltung des Sommerfestes. 4. Beantwortung der Interpellation. Welche Vorteile gewährt der direkte Anschluß an den Provinzialverband? 5. Beschlußfassung über Anwendung bezw. anderweite Auslegung des § 11 III der Statuten. 6. Beratung über den evtl. Anschluß an den sogen. Halbschen Beamten-Ausschuß und Bewilligung von Mitteln dazu. 7. Verschiedenes.

Der Evangelische Bund, Zweigverein Halle-Nord, hält am nächsten Dienstag 8 Uhr einen Vortragsabend in der Saalschloßbrauerei. Herr Pastor Holtz aus Haida in Böhmen wird unter dem Thema: „Auf Alpenpfaden und Adriawogen für Oesterreichs Glaubensfrühling" Bilder aus der evang. Bewegung in Oesterreich geben. Der Vortragende arbeitet bereits zehn Jahre für das Evangelium in unserem Nachbarreiche; er war Vikar in Zilly, dann Hilfsgeistlicher in Görz, Pfarrer in Pola und für die evangelische Diaspora in Dalmatien; seit drei Jahren ist er an seinem jetzigen Wirkungsort. — Weiter wird Herr Direktor Dr. Lippelt einen Lichtbildervortrag halten über das Thema: „Deutsche Dome". Ein Streichquartett (die Herren Lehrer Hankel, Dr. Hornemann, Hebler, Schmidt) bringt die Serenade und das Allegro B-dur von Mozart zu Gehör. Evang. Freunde der Sache sind als Gäste willkommen. Der Eintritt ist frei, die Programme sind unentgeltlich.

Der Verein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande (Allgemeiner deutscher Schulverein E. V.), Ortsgruppe in Halle, hielt gestern abend im „Neumarkt-Schützenhause" eine Sitzung ab. Der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Spilling, machte zunächst einige geschäftliche Mitteilungen. Am 3. März soll eine größere Versammlung, eine sogenannte Werbeversammlung stattfinden, in der der Geschäftsführer des Hauptvereins, Herr Dr. Geißler, einen Vortrag über den Zweck und die Ziele desselben halten und Herr Dr. Funke-Halle über Deutschtum im Auslande auf Grund eigener Wahrnehmungen sprechen wird. Zu dieser Veranstaltung sollen Vereine, Innungen usw. besonders eingeladen werden. Der Hauptverein hat die Satzungen der Ortsgruppe genehmigt. Einer Einladung des Deutschen Sprachvereins zu dessen Mundartenabend im Hotel „Kaiser Wilhelm" am 14. d. M. soll Folge gegeben werden. Die Zahl der Mitglieder der Ortsgruppe beträgt z. Zt. über 70. Endlich wurden noch interessante Mitteilungen gemacht über die Versammlung am Abend zuvor, in welcher Herr Prediger Gaßmann über das Deutschtum in Johannesburg (Transvaal) gesprochen hatte. Prediger Gaßmann hat 12 Jahre daselbst zugebracht und viel dazu beigetragen, geordnete Schulverhältnisse zu schaffen. Damals zählte die deutsche Kolonie in Johannesburg 20 000 Seelen. Nach dem unseligen Kriege zwischen Engländern und den Buren ging die Kolonie zurück, nichtsdestoweniger wurde ernstlich an den Ausbau deutscher Schulen herangetreten. Zu diesem Zwecke wurden 150 000 Mark aus eigenen Mitteln aufgebracht. Die Verhältnisse brachten es mit sich, daß die deutsche Schule unter englische Oberleitung geteilt wurde. Was daraus werden wird, wenn sich das Mutterland nicht ins Mittel legt, kann man sich leicht vorstellen. Englischer Unterricht muß schon erteilt werden, und daß man versuchen wird, die deutsche Schule mit der Zeit ganz zu englisieren, liegt auf der Hand. Unter solchen Umständen sei es Zeit, daß Deutschland eingreife, damit ein Werk, das mit so viel Liebe und solch großen Geldkosten errichtet worden ist, dem Deutschtum erhalten bleibe.

Sächsisch-Thüringischer Verein für Luftschiffahrt, Sektion Halle a. S., e. V.

In der Generalversammlung am Mittwoch abend im Grand Hotel Berges wurde vor allem der Kassenbericht vorgelegt. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Kassenbestand von 4890 Mk. ab. Im letzten Jahre wurden 64 Fahrten unternommen. Die Vorstandswahl ergab eine einstimmige Wiederwahl. Für den ausgeschiedenen Bankdirektor Herrn Schmidt wurde Herr Bankier Ludwig Lehmann als Schatzmeister gewählt. Der zweite Vorsitzende des Vereins, Herr Bankier Kurt Steckner, teilte mit, daß die Sektion Erfurt aus dem Verein ausgeschieden sei und jetzt einen eigenen Verein bildet. Er gedachte ferner der verunglückten Luftschiffer Luft und Leutnant Stein und erstattete schließlich Bericht über die Nordhäuser-Halberstädter Flugwoche, zu der die Sektion Halle 1000 Mk. bewilligte.

Im Anschluß an diese Berichte hielt Herr Oberleutnant Forsbeck-Berlin einen sehr instruktiven und interessanten Vortrag über das Thema „Motorluftschiffahrt und Parsevalsystem". Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen.

Hallischer Fußballsport.

Fußballspiel. Kommenden Sonntag stehen sich Britannia 111 und Eintracht I im Verbandsspiel auf dem Britanniaplatze gegenüber. Eintracht II und Minerva I treffen sich im Verbandsspiel auf dem Platze des erstgenannten Vereins.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich.)

Gleichmäßige Ausbildung.

Zu der im Mozartsaale, Weidenplan 20, abgehaltenen öffentlichen Versammlung vom Allg. deutschen Lehrerinnenverein, Preuß. Volksschullehrerinnen, Ortsgruppe Halle a. S., usw. sei noch betreffs des Schneider-, Friseur- und Putzfachs folgendes bemerkt:

In allen Fächern verlangt man jetzt eine 3jährige Lehrzeit, und mit Recht betont Herr Obermeister Kaßler von der Damenfriseur- und Perückenmacher-Innung in der Diskussion, das elende Pfuschertum muß endlich mal ein Ende haben. So z. B. erlernt heute ein Mädchen oder eine Frau in einem Kursus von 4—6 Wochen das Damenfrisieren, gleich darauf etabliert sie sich, wird Leiterin eines Ateliers und gleichzeitig Meisterin von Lernenden. Das Verfahren ist als ein großer Uebelstand anzusehen, die betreffenden Frauen machen sogar noch Propaganda und täuschen damit das Publikum. Das erreicht nun mit April 1913 sein Ende; wer dann eine leitende Stellung einnimmt in obengenannten drei Fächern und Lernende unter seiner Aufsicht hat, muß sich einer Meisterinprüfung unterziehen unter behördlicher Kontrolle. Auch Herr Gewerbeschuldirektor Könnede begrüßte die Einrichtung von gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulen für Mädchen mit Freuden.

Von recht praktischem Standpunkte ging auch Frau Dorge aus, die die Ansicht des Vorredners unterstützte, wer etwas Tüchtiges leisten will, muß vorher eine bestimmte Lehrzeit durchmachen. Nicht die regulären Fachgenossen machen einander das Leben sauer, sondern nur einzig und allein die mangelhaft Vorgebildeten, die selbst keine praktische Lehre durchgemacht haben, die die Preise und schließlich das ganze Fach herabsetzen mit ihrem Nichtskönnen. Deshalb sind alle Eltern zu warnen: Geht Eure Töchter in keine Lehre, wo die Leiterin des Ateliers keinen Befähigungsnachweis vorlegen kann. Nur dann erlangt die Frauenbewegung die wirklich echte Würdigung aller Gewerbe, wenn sie sich genau derselben Lehrzeit, denselben Fach- und Gewerbeschulen, den Gehilfinnen- und Meisterinnenprüfungen unterzieht; gern wollen wir sie dann als unsere Fachgenossin begrüßen und der Frau den gleichberechtigten Platz als Meisterin im Atelier oder Geschäft einräumen.

P. Z.

Gerichtsverhandlungen.

Eisleben, 8. Febr. Die Bergjungen Theophil Kulesza, Eduard Diziol und Franz Müller in Helbra hatten am 11. November 1910 zu Helbra während des Fortbildungsschulunterrichts ihren Fortbildungsschullehrer Paul Oswald gemeinschaftlich mißhandelt. Ferner hatte Diziol den Oswald mit einer Kohlenkanne in den Rücken geworfen. Das Urteil lautet auf je 2 Wochen Gefängnis; auch auf 6 Mk. Geldstrafe oder 2 Tage Haft bezüglich Diziol.

§ **Duisburg,** 8. Febr. Die Strafkammer verurteilte den Arbeiter Otto Franke, der in einer sozialdemokratischen Versammlung erklärt hatte, der Kaiser habe seinerzeit den englischen Journalisten bezüglich der Englandfreundlichkeit bezw. -Feindlichkeit des deutschen Volkes bewußt die Unwahrheit gesagt, wegen Majestätsbeleidigung zu vier Wochen Gefängnis.

§ **Barmen,** 8. Febr. Das Schöffengericht hat den Redakteur Ammenn von den liberalen Elberfelder Neuesten Nachrichten wegen öffentlicher Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Linz zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde gefunden in Ausdrücken, wie Fanatiker, der in öffentlicher Versammlung geflucht und gewettert habe, wie ein besserer Fuhrmann.

Fahrlässige Tötung durch Abraten von einer Operation. Der Heilkundige Karl Gödecke aus Sundern bei Herford behandelte im Jahre 1909 eine Frau Klöpo aus Delmsold. Er riet der Frau, die an Brustkrebs litt, von einer Operation ab, weil sie Furcht vor Operationen hatte und weil er wußte, daß auch Operationen bei Krebs keinen vollständigen Erfolg erzielen. Die Frau hat vom Angeklagten aus Pflanzen bereitete Tropfen genommen und Salbe zum Einreiben bekommen. Sie ist dann infolge ihres Krebsleidens verstorben. Der Angeklagte ist von der Strafkammer des Landgerichts Bielefeld zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil der Tod der Frau nicht schon am 9. Oktober 1909 eingetreten wäre, wenn er zur Operation geraten hätte und wenn die Frau operiert worden wäre. Gegen das Urteil des Landgerichts Bielefeld hat der Angeklagte verschiedene Revisionseinwände erhoben. Das Reichsgericht hat nunmehr die Revision verworfen.

Provinzial-Nachrichten.

Gauturnfest.

Könnern, 7. Febr. In den Mauern unserer Stadt soll am 8., 9. und 10. Juli d. J. das 24. Gau-Turnfest des Nordostthüringer Turngaues gefeiert werden. Gleichzeitig begeht der Männer-Turnverein Könnern das 50jährige Stiftungsfest. Für Sonntag nachmittag hatte der Männer-Turnverein eine öffentliche Versammlung nach dem Hotel zur Preuß. Krone einberufen, in welcher der Gauvertreter, Herr Lehrer Meyer-Halle, anwesend war, um über die Ausführung dieses großzügigen Festes zu sprechen. Ferner waren zu dieser Versammlung die städtischen Behörden sowie das Lehrer-Kollegium erschienen.

Der Turngau zählt 9000 Mitglieder in 138 Vereinen, gegen 76 im Jahre 1897, als das Gauturnfest in Könnern gefeiert wurde. 1897 waren hier 1326 auswärtige Turner in Könnern, von denen am Vorabend über die Hälfte in Nachtquartieren unterzubringen war. Diesmal rechnet man auf einen Besuch von etwa 2000 Turnern, etwa 800 Mann dürften am Vorabend, am Sonnabend, für eine Nacht unterzubringen sein.

Am Vorabend soll eine Ehrung alter, um die Turnsache verdienter Turner geschehen, auch die Aufführung eines größeren Festspiels ist geplant. Der Ehrenvorsitzende, Herr Bürgermeister Winter, fand mit seinem Gedanken, daß einige Volkslieder im Massenchor geboten werden möchten, viel Beifall. Herr Kantor Schrader erbot sich, die Gesangsleitung zu übernehmen. Am Festmontag werden voraussichtlich Schulkinder moderne Schaufreiübungen auf dem Festplatz, der Ratswiese, bieten.

Herr Bürgermeister Winter möchte dem Turnverein gern die Rechtsfähigkeit eines „Eingetragenen Vereins" beigelegt wissen, damit der Verein dem großen Plan eines Turnhallenbaues näher kommt, um Gelder aufnehmen oder Schenkungen annehmen und sonstige Rechtsgeschäfte vertreten zu können. Die Deutsche Turnerschaft kann dem Verein beim Bau recht behilflich sein. Auch der Minister wünscht intensiveren Turnunterricht resp. das Winterturnen. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Schultz, betonte noch, daß Könnern eine alte Turnstätte sei; man turnte hier schon 1843 bis 1848, bis die politische Bewegung eintrat. Zum Festausschuß haben sich bereits 40 Herren gemeldet.

Aus Heimweh.

Magdeburg, 9. Febr. Hier hat ein Dienstmädchen einen Ueberfall mit solcher Geschicklichkeit fingiert, daß man zunächst annahm, daß tatsächlich ein Raubmordversuch vorliege.

Als gegen sieben Uhr abends die Gattin eines Kaufmanns nach längerer Abwesenheit in ihre Wohnung am Breitenweg kam, bot sich ihr ein schreckenerregendes Bild dar. Auf dem Boden des Hausflurs wand sich das Dienstmädchen Anna K., ächzend und stöhnend mit gefesselten Armen und Füßen, ein über den Mund gebundenes Taschentuch verhinderte sie am lauten Schreien. Neben der „Ueberfallenen" lag ein Zettel mit der Aufschrift: „Ich habe sie vergiftet!" Die K. erzählte, ein fremder Mann habe sie im Laufe des Nachmittags überfallen und ihr eine Flüssigkeit in den Mund gegossen; dann habe er sie gebunden und in dieser entsetzlichen Lage liegen gelassen. Die Schrift auf dem aufgefundenen Zettel wies aber, wovon man sich später überzeugte, eine merkwürdige Aehnlichkeit mit der eigenen Schrift des Mädchens auf. Die K. wurde in ein scharfes Verhör genommen und gestand schließlich, den Ueberfall fingiert zu haben. Das Mädchen hat Heimweh verspürt, und um nach Hause zu kommen, wurde von ihr der ganze Betrug inszeniert.

Steuerzuschläge.

Weißenfels, 9. Febr. Die städtischen Behörden setzten die Steuern folgendermaßen fest: 210 Prozent Zuschlag zu den vom Staate veranlagten Realsteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, sowie der besonderen Gemeindegewerbesteuer); 150 Prozent Zuschlag zur Betriebssteuer; 205 Prozent Zuschlag zur staatlichen Einkommensteuer, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vergünstigung der Beamten und Lehrer usw., und der mit fingierten Sätzen veranlagten Personen mit 900 Mark und weniger, einschließlich der Forensen. Dies entspricht einer Gesamtbelastung der staatlich veranlagten Realsteuern von 235 Prozent (210 Prozent Grund- und Gebäudesteuer 310 Prozent einschließlich der besonderen Gemeindegewerbesteuer).

Zum Streik in der Schuhindustrie.

Weißenfels, 8. Febr. Bei einem Streik, der ab 18. Februar wohl ziemlich sicher eintreten wird, kommen 136 Schuhfabriken, 22 Schuhausputzfabriken, 18 Lederhandlungen und 39 Schuhwarenhandlungen in Betracht.

Das Dienstbuch der Ehefrau.

In Apolda hatte sich ein Ehepaar scheiden lassen. Bei der Auseinandersetzung von „Mein und Dein" war, wie das „Apoldaer Tageblatt" schreibt, das Dienstbuch vergessen worden, das die Frau wegen wertvoller Zeugnisse nachträglich einfordern ließ.

Sie war nicht wenig erstaunt, als sie sah, daß ein neues Zeugnis hinzugekommen war, das — der frühere Ehemann aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110210016/fragment/page=0003

gestellt hatte. „Inhaberin angenommen als Frau", so hieß es in der ersten Spalte. Als Grund des Dienstaustrittes war angegeben: „Unwillkürlich ausgerissen. Erste Zeit zufrieden, dann langsam und faul und mit den Kindern ungezogen, mißhandelt." — Nun wird die Frage aufgeworfen, ob der Ehemann, der allzu sehr nach dem bekannten Bibelwort „Er soll dein Herr sein..." gehandelt, sich nicht strafbar gemacht hat.

Zeitz, 8. Febr. (Die Vollbahn (Leipzig-Zeitz-) Auma-Schleiz-Nordhalben-Kronach wird,) wie der bayerische Landtagsabgeordnete Pensel-Nordhalben auf einer am Dienstag in Ebersdorf abgehaltenen, zahlreich besuchten Interessentenversammlung mitteilte, wahrscheinlich von Preußen und Bayern gebaut werden. Die Versammlung beschloß einstimmig, gegenüber den neu aufgetauchten Frankenwaldprojekten Deutschnitz-Stockheim und Grümpeltal-Kronach an dem alten Projekt Auma-Schleiz-Nordhalben-Kronach festzuhalten.

Naumburg, 8. Febr. (Lebensüberdruß.) In Altklemmingen nahm sich der Arbeiter Grunich durch einen Schuß das Leben, um langjährigen schmerzhaften Leiden ein Ende zu machen.

)(**Gernrode**, 6. Febr. (Lichtwerk.) In der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung wurde einstimmig die Errichtung eines kombinierten Lichtwerks und die Aufnahme einer Anleihe von 180 000 bis 200 000 Mk. beschlossen. In der darauffolgenden geschlossenen Sitzung wurde ferner mit Einstimmigkeit beschlossen, daß bezüglich des Gaswerkes der Berlin-Anhalt. Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft in Berlin und bezüglich des elektrischen Teiles des Lichtwerkes der Mitteldeutschen Bau- und Lieferungsgesellschaft m. b. H. in Braunschweig der Zuschlag erteilt werden soll. Der Gasanstaltsbetriebsgesellschaft m. b. H., Berlin, soll die Pachtung des Gasamtwerkes übergeben werden.

Gera, 8. Febr. (Der Gemeinderat) bewilligte 16 000 Mark für eine neue Elsterbrücke. Ferner wurde der Beitritt der städtischen Gasanstalt zur Genossenschaft m. b. H. der wirtschaftlichen Vereinigung der thüringisch-sächsischen Gaswerke beschlossen. Der Gemeinderat beschloß außerdem eine Studienanstalt der höheren Töchterschule anzugliedern, die Realgymnasiumsziele erreichen soll. Zum Bau eines städtischen Verwaltungsgebäudes wurden 315 000 Mark bewilligt.

Mühlhausen, 8. Febr. (Unvorsichtiges Umgehen mit einem Terzerol) hätte am Sonntag einem jungen Menschenleben leicht verhängnisvoll werden können. In der Fortbildungsschule erzählten sich die Schüler von dem jungen H., der sich am Pfortenteich erhängt hatte. Der Malerlehrling M., der der Gruppe angehörte, zog plötzlich und ohne jede Veranlassung ein Terzerol hervor und mit den Worten: „Ach was, wenn man sich das Leben nehmen will, macht man's so", richtete er die Waffe auf sich, die sich im selben Augenblick entlud. Mit einem Aufschrei ließ er das Terzerol fallen, denn die Kugel war ihm durch den Mund bis zum Gaumen gegangen, von wo sie später erst durch operativen Eingriff entfernt werden konnte.

Eisenach, 8. Febr. (Das hiesige Residenzhaus,) ein sehr geräumiges Gebäude am Markt, das früher das Absteigequartier der thüringischen Landgrafen bildete und bis zum vergangenen Jahre als Amtsgericht diente, soll vollständig renoviert werden, wozu die weimarische Staatsregierung vom Landtag die Bewilligung von 19 000 Mark fordert. Wozu das Gebäude später Verwendung finden wird, ist nicht bekannt. Jetzt dient es lediglich dem Rechnungs- und Vermessungsamt. Ein großer Teil der Räume steht vollständig leer.

Eisenach, 8. Febr. (Der Referendar und Einjährige Fuchs) vom hiesigen Bataillon, der von seinem Weihnachtsurlaub nicht zur Truppe zurückgekehrt war, ist am Freitag voriger Woche in Luzern in der Schweiz festgenommen worden. Fuchs hatte einen größeren Geldbetrag bei sich, wodurch er der dortigen Polizeibehörde auffiel. Diese fragte telegraphisch in Schmalkalden, dem Heimatsort des Deserteurs, an, ob die Angaben des F. über die Herkunft des Geldes, das er von seiner Mutter erhalten haben will, auf Wahrheit beruhten. Da ihm in dieser Beziehung kein Vergehen nachgewiesen werden kann, wird auf den Bescheid der Behörden zu Schmalkalden seine Freilassung inzwischen erfolgt sein. Die Schweiz liefert nicht aus und so wird Fuchs wegen Fahnenflucht nicht zur Rechenschaft gezogen werden können, solange er nicht nach Deutschland freiwillig zurückkehrt.

Leipzig, 8. Febr. (Diebstahl auf dem Bahnhof.) Am Dienstag nachmittag sind aus einem Eisenbahnwagen im Rayon des Bayerischen Bahnhofes fünf Ballen Crimmitschauer Stoffe im Werte von mehreren tausend Mark gestohlen worden. Die Ballen tragen die Bezeichnungen G. F. 44 659 und 44 677, H. G. 7388 und 7409 und M. E. 540. Der zuletzt erwähnte Ballen wog allein über drei Zentner.

Greiz, 6. Febr. (Im Wickelkissen erstickt.) Hier hatte die Frau eines Arbeiters ihr drei Monate altes Mädchen abends in ein Wickelkissen eingebunden und ins Bett gelegt. Um das kleine Wesen vor Zugluft zu schützen, breitete die Mutter um den Kopf des Kindes ein wollenes Tuch. Das Kind muß nun dieses Tuch heruntergezogen und sich hinein verwickelt haben, denn als die Eltern einige Stunde später heimkehrten, lag das Kind tot im Bett.

Kunst und Wissenschaft.

Selbstmord Bernhard Suphans.

Weimar, 9. Febr. Der frühere Direktor des Goethe-Schiller-Archivs, Bernhard Suphan, hat sich heute erhängt.

Diese erschütternde Nachricht, so schreibt das „B. T." zu dem Selbstmord, wird bei allen, die Bernhard Suphan in seiner literarischen Tätigkeit oder als Menschen schätzten, das tiefste Bedauern erwecken. Suphan stand im Alter von 65 Jahren. Der hervorragende Literaturhistoriker, der zuerst in Berlin im höheren Lehrfach tätig war, trat früh mit wichtigen Beiträgen zur Herder-Forschung hervor, dann veröffentlichte er Studien über Hans Sachs und Rückert, um sich endlich ganz der Goethe- und Schiller-Forschung zu widmen. Im Jahre 1887 wurde er als Nachfolger Erich Schmidts an das Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar berufen, um dessen Verwaltung und Ordnung er sich dann im Laufe eines Vierteljahrhunderts die größten Verdienste erwarb. An der Ausgestaltung der nach dem Aufschluß des Goetheschen Handschriftennachlasses beschlossenen Großherzogin Sophie-Ausgabe von Goethes Werken, dieser Riesenedition von 134 Bänden, hatte Suphan einen wesentlichen Anteil, und seine Hingabe an die Aufgaben der Goethe-Gesellschaft war ebenso eifrig und unermüdlich wie seine philologische Forscherarbeit. Auch für den inneren Ausbau des Archivs hat Suphan Hervorragendes geleistet, so daß es unter seiner Leitung die größte Bedeutung für die ganze Literaturgeschichte der deutschen Klassik gewann. Am 1. Januar dieses Jahres trat Suphan in den Ruhestand; sein Nachfolger wird wahrscheinlich Herr v. Oettingen, der Direktor des Goethe-Nationalmuseums. Dem Verstorbenen aber folgt der Dank aller nach, die seine Lebensarbeit in ihrem ganzen Umfang erkannt haben.

Suphan wurde Donnerstag morgen von seinen Angehörigen in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Er hinterläßt eine Frau und 2 Söhne. Es verlautet, daß außer der kürzlich erfolgten Pensionierung, die unter etwas eigentümlichen Umständen erfolgt sein soll, auch Familienverhältnisse die Ursache des Selbstmordes sind. Vor einiger Zeit fand in Weimar ein Prozeß statt, nach dem ein Familienmitglied Deutschland verließ. Der Todesfall erregt in Weimar das größte Aufsehen, da Bernhard Suphan sich noch am Mittwoch mit verschiedenen Personen lebhaft unterhalten und seinen Entschluß anscheinend ganz plötzlich gefaßt hat.

Trauerfeier für Karl v. Großheim. Für den verstorbenen Präsidenten der Akademie der Künste, Geheimen Baurat Professor Karl v. Großheim, fand Donnerstag mittag eine impozante Trauerfeier im Akademiegebäude in Berlin statt. In einem Saale des Erdgeschosses war der Sarg vor einem Blumen- und Lorbeerhintergrunde aufgebahrt. Am Fuße des Sarges lagen anfangs nur 3 Kränze, einer vom Kaiser, dem Prinzregenten Luitpold von Bayern und dem Kultusministerium. Vier Professoren in Amtstracht fungierten als Ordner. Deputationen der königlichen Hochschule für Musik, der königlichen Akademie für Kirchenmusik und der Akademie der Künste nahmen mit umflorten Bannern am Sarge Aufstellung. Der Kaiser hatte mit seiner Vertretung den Kultusminister v. Trott zu Solz, der Prinzregent von Bayern den bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld betraut. Unter den Leidtragenden sah man ferner Oberbürgermeister Kirschner, den Rektor der Berliner Universität Geheimrat Professor Dr. Rubner, den Direktor der Nationalgalerie Dr. Justi, Professor Max Liebermann, Professor Karl v. Marr als Vertreter der Münchener Akademie, Professor Mackensen von der Kunstschule in Weimar. Pfarrer Nitzhack-Stahn hielt die Trauerrede. Im Anschluß daran gab der erste ständige Sekretär der Akademie Professor Dr. A. Amersdorffer in kurzen Umrissen eine Schilderung des Entwicklungsganges des Entschlafenen, und würdigte seine Bedeutung als Künstler und Leiter der Akademie. Dann legte Professor Kampf als stellvertretender Präsident den Kranz der Akademie mit einer kurzen Ansprache am Sarge nieder. Mit dem Chorgesang „Welt ade!" schloß der Trauerakt.

Der Verein für Wiederherstellung und Ausschmückung der Marienburg bewilligte für große Gewächshausanlagen in der Vorburg zunächst 28 000 Mk. Professor Schaper (Hannover), der gegenwärtig den großen Remter ausmalt, wurde mit der Herstellung eines Motivbildes für die in der Schlacht bei Tannenberg gefallenen Ordensangehörigen beauftragt.

Der Schweizer Maler Ferdinand Hodler hat den Auftrag erhalten, für das Rathaus in Hannover ein siebzehn Meter langes Wandgemälde zu malen, das den Beitritt der Stadt Hannover zur Reformation darstellen soll.

Theater und Musik.

Zum Direktor des Stadttheaters in Heidelberg wurde soeben Herr Johannes Meißner, bisher Leiter des Stadttheaters in Halberstadt, gewählt. Diese Entscheidung bedeutet einen besonderen Erfolg für Herrn Direktor Meißner, denn unter den Bewerbern um das Heidelberger Stadttheater befanden sich Persönlichkeiten von großem Ruf und weitthinreichender Geltung.

Herr Johannes Meißner hat sich trefflich bewährt in der geschäftstüchtigen und künstlerisch beachtenswerten Leistung des Halberstädter Stadttheaters, dessen Kunstgebiet er erweitert und dem er erhöhtes Interesse beim Publikum gewonnen hat. Herr Direktor Johannes Meißner war vordem lange als Schauspieler in Prag, als Oberregisseur und Direktorstellvertreter in Frankfurt a. O. und in Bielefeld tätig. In Halberstadt hat er sich namentlich durch die Maifestspiele und durch erstklassige Klassikeraufführungen verdient gemacht.

Bühnenchronik.

Die im vorigen Jahre mit so großem Erfolge in Leipzig eingeführten Maifestspiele des Leipziger Stadttheaters wird Direktor Vollmer auch in diesem Jahre veranstalten, und zwar wieder unter Mitwirkung hervorragender Dirigenten und Darsteller. Als Spieltage sind festgesetzt: Sonntag, den 7. Mai, in völlig neuer Inszenierung: „Fliegende Holländer", Donnerstag, den 11 Mai: „Figaros Hochzeit" und Sonnabend, den 13. Mai: „Tannhäuser".

car. Man schreibt uns aus Berlin: Das Neue Theater brachte das Lustspiel: „Mein erlauchter Ahnherr" von Schmieden, dem Direktor des Neuen Theaters, zur Uraufführung. Das Stück hat originelle Einfälle und ist lustig. So unterhielt man sich gut und war verschwenderisch mit dem Applaus.

Es ist jetzt fraglich geworden, ob Harry Walden, der neubestellte Direktor des Lustspielhauses in Berlin sein Amt wird antreten können. Das Polizeipräsidium hat dem Künstler nämlich nicht die Konzession erteilt. In der Begründung der Nichtbewilligung wird darauf hingewiesen, daß der Polizeipräsident bei aller Würdigung der künstlerischen Leistungen Harry Waldens diesem nicht die Zuverlässigkeit zuzuerkennen vermag, die bei einem Schauspielunternehmer gemäß § 32 der Reichsgewerbeordnung vorausgesetzt werden muß. Gegen diesen Beschluß des Polizeipräsidiums ist bereits Klage beim Bezirksausschuß erhoben worden.

Vermischtes.

Eine Automobilstraße von Berlin nach Potsdam.

Der Kaiser hat das Projekt des Straßenkonstrukteurs Professors Sebald auf Herstellung einer kaiserlichen Automobilstraße vom Berliner bis zum Potsdamer Schlosse im Zuge der Döberitzer Heerstraße genehmigt. Die Städte Berlin, Potsdam und Spandau haben ihre Unterstützung zur Durchführung des Projekts zugesagt, durch das es ermöglicht wird, im Automobil in 35 Minuten von Berlin nach Potsdam zu gelangen. Die Straße wird auch für den Personenverkehr geöffnet sein.

Moorbrand am Plattensee. Seit vier Tagen steht das fünftausend Joch umfassende Balaton-Keresztor-Moor am Plattensee in Flammen. Das Feuer breitet sich schnell aus und die Flammen beleuchten in der Nacht einen großen Teil des Sees. Das Moor ist Eigentum des Grafen Zichy.

Das größte Unterseeboot der Welt. In Cherbourg ist ein Unterseeboot glücklich vom Stapel gelaufen, das gegenwärtig das größte der Welt ist. Seine Wasserverdrängung beträgt nicht weniger als 1100 Tons. Das größte französische Unterseeboot, das bisher existierte, der „Archimedes", lief vor zwei Jahren von Stapel und hatte eine Wasserverdrängung von 800 Tons. Das neue Boot, das eher ein Unterseekreuzer genannt werden könnte, hat den Namen „Mariotte" erhalten. Die Arbeiten begannen bereits 1909, und die Fertigstellung verzögerte sich nur durch verspätete Ablieferung der elektrischen Motore, die 800 Pferdekräfte entwickeln. Diese Motore sind noch nicht eingesetzt, und man mußte im letzten Augenblick ihr Gewicht durch Eisen ersetzen. Das neue Unterseefahrzeug ist mit sechs Torpedolanzierrohren ausgerüstet und wird eine Besatzung von 30 Mann aufnehmen. Bei der Fahrt über Wasser wird es durch Petroleummotoren getrieben, beim Tauchen dagegen und bei den Unterseefahrten treten die elektrischen Motore in Tätigkeit.

Unsere Singvögel im Winter. Man drahtet uns aus Petersburg: Da den ganzen Herbst hindurch am Südhang der waldbedeckten kaukasischen Bergrücken überaus warmes Wetter herrschte, so hatten die meisten Zugvögel aus dem Norden dort Halt gemacht. Als jetzt plötzlich eine sehr strenge Kälte und Schneestürme eintraten und sich die Vögel retten wollten, war es zu spät. Die Berghänge und die Ufer des Schwarzen Meeres sind mit Millionen kleiner Vogelleichen, meist Finken, Stieglitze und Fliegenschnepper, bedeckt.

Letzte Nachrichten.

Deutschland und England.

W. **London**, 9. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Bryles (lib.) den Staatssekretär des Aeußeren, ob er sich in irgendeiner Weise zu der in der Sitzung des Deutschen Reichstages vom 10. September 1910 vom Reichskanzler gehaltenen Rede äußern wolle, worin dieser eine offene und vertrauensvolle Aussprache für das Beste hielt, um das Mißtrauen der beiden Reiche zu beseitigen; ferner ob neuerdings eine Aussprache stattgefunden habe, ob diese sich auf den befragten Gegenstand bezog und ob die bezgl. Akten veröffentlicht werden sollen. — Parlamentsuntersekretär Mc. Kinnon-Wood antwortete, daß unverbindliche Pourparlers fortdauern, und daß die englische Regierung ernstlich hoffe, daß sie beitragen würden zur Wahrung und Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen beider Länder. Die Akten zu veröffentlichen läge nicht im öffentlichen Interesse.

Ein Zwischenfall im elsassischen Landesausschuß.

Straßburg, 9. Febr. In der heutigen Sitzung des Landesausschusses kam es zu einem Zwischenfall. Der Abgeordnete Justizrat Brey beklagte sich darüber, daß von der Presse eine Campagne von systematischen Lügen und Verleumdungen, sowie Erfindungen und Verunglimpfungen gegen einzelne Elemente der elsässischen Gesamtheit inszeniert wurde, die geradezu haarsträubend erscheine. Besonders von dem Vertreter eines Frankfurter Blattes werden einzelne dieser Erfindungen in das Volk lanziert. Diesen Herrn nannte der Redner einen Lügner und Pressebanditen. Es erhoben sich bei diesen Worten die Journalisten und verließen demonstrativ die Journalistentribüne. Erst als der Präsident des Landesausschusses den Abgeordneten zurechtwies und dieser die Beleidigung zurücknahm, kehrten die Pressevertreter in den Saal zurück.

Fallières in Brüssel.

Brüssel, 9. Febr. Der Besuch des Präsidenten der französischen Republik Fallières in Brüssel ist auf den 8. Mai festgesetzt. Er trifft mit dem Mittagszuge ein und fährt am 10. Mai abends wieder nach Paris zurück.

Armeestiftung in Frankreich.

Paris, 9. Febr. Der vor kurzem verstorbene Herzog von Chartres hat neben anderen Vermächtnissen die Summe von 100 000 Frank der französischen Kavallerie vermacht. Die Zinsen sollen alljährlich an Zöglinge der Reitschule von Saumur und der Offiziersschule von Saint-Cyr verteilt werden.

Petersburg, 9. Febr. Gerüchten zufolge wurden die Mitglieder des Militärrats, die Generäle Poljakow und Proskowska verabschiedet, weil die vom Senator Garin eingeleitete Untersuchung ergeben hatte, daß die beiden Offiziere in ihren Stellungen als Moskower Intendanten stark kompromittiert sind.

Lissabon, 9. Febr. Der Gedenktag der republikanischen Bewegung im Jahre 1900 ist im ganzen Lande, insbesondere in der Hauptstadt und in Oporto, festlich begangen worden. Auf den öffentlichen Plätzen haben Kundgebungen stattgefunden, an denen sich viele Tausende beteiligt haben.

Briefkasten.

(Jeder Anfrage ist die Abonnementsquittung beizulegen.)

L. 25. Nach Ihrer Schilderung braucht der Käufer Zinsen nicht zu zahlen, zumal wenn man berücksichtigt, daß er durch die Parzellierung und infolge der Nichtauflassung keinen Vorteil gehabt hat.

Unterhaltungsblatt.

Freiheit. Roman von Walter Schmidt-Häßler. (Forts.) — Winklers Koffer. Skizze von Hans Reis. — Bunte Zeitung. — Der Büchertisch.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110210016/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 213, Diskonto 195,50, Deutsche Bank 266,75, Berliner Handelsgesellschaft 171,37, Dresdner Bank 164,12, Russische Anleihe von 1902 93,12, Türkenlose 179,50, Lombarden 20,62, Kanada 210,87, Baltimore 109,25, Laurahütte 174,37, Bochumer Guss 233,50, Gelsenkirchen 213, Harpener 190,25, Deutsch-Luxemburg 199,37, Phönix 245,63, A.-E.-G. 267,50, Siemens & Halske 241, Hamburger Paketfahrt 143,62, Nordd. Lloyd 107,25, Grosse Berliner Strassenbahn 199,12, Warschauer Wiener 210,50. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Omnibus-Ges. 11,75, Alsen Zement 3,50, Oppeln Zement 2,50, Giese! Zement 2,50, Adler Fahrrad 7,50, Flöther Maschinen 3,25, Gothaer Waggon 4, Schönebeck Metall 2, Vogtländ. Maschinen 3,50, Albert chem. Fabrik 2, Gerbstoff Renner 4,50, Deutsche Asphalt-Ges. 3,75, Deutsche Gasglühlicht 5, Stassiurter 2,75, Rhein. Spiegelglas 5,50, Vereinigte Lausitzer Glas 5, Mindener Werbeei 3, Tuchfabrik Flöha 2,75, Tuchfabrik Aachen 2, Caroline 3,75, Hasper 3,50, Mannstädter Façon 3,50, Mülheimer Bergwerk 2,50, Fonrobert Gummi 2,25; niedriger: Böhmisches Brauhaus 2, Brauerei Friedrichshain 2, Nordost Terrain 2, Wanderer Werke 5, Schering 2, C. Lorenz 1,50, Kolb & Schiele 2,50, Bismarckhütte 2,25.

Zum Kurszettel. Berlin, 9. Febr. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 101.50bG. 4% Bayrische Staats-Anl. 101,30G, 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 101.60bG. 4% Schwarzburg-Sondershausen —.—.—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 91.10bG. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 94.10ebG. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 95.40b. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 100,30G 4% Darmstadt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 —. —. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 92,90B. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 100,25G. 4% Jenser Stadt-Anl. 1900 —.—. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —.—.—. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1903 unkv. 1919 100.00G. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 —.—. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 1919 —. —. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 101,40G. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. 85.70G. 4½% Deutsche Solvay-Werke 103,00G. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 103,60G. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 102,75G. Vereinigte Lausitzer Glashütten 380.00bG.

Londoner Börse vom 9. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 80,18, Rio Tinto 67,37, Geduld 1,25. Goldfields 5,67. Steel com. 83,25, Steel prefs. 124,75. Rand Mines 8,47. Anaconde 8,18.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 9. Februar.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Adolfsglück-Aktien.	61,50	62,50	Johannashall	502,5	512,5
Alexandershall . .	13,200	13,350	Justus-Aktien	110,50	111,50
Beienrode	6100	6200	Kaiseroda	10,350	10,650
Bismarckshall-Akt. .	—	125,00	Krügershall-Aktien	128,50	129,50
Burbach	16,250	16,500	Ludwigshall-Aktien	87,00	89,00
Carlsfund	6950	7100	Neusollstedt	2575	2675
Deutsche Kali-Akt. .	155,75	153,50	Neustassfurt	14,200	14,600
Friedrichshall-Akt. .	110,50	112,00	Nordhäuser Kali-A..		121,00
Glückauf-Sondersh.	21,250	21,500	Prinz Adalbert-Akt.	42,00	43,50
Grossherz. v. Sachsen	9400	9600	Reichskrone (Lossa)	1750	1860
Günthershall	6325	6425	Richard	1350	1400
Hannov. Kali-Aktien	87,50	88,00	Ronnenberg-Aktien	123,00	124,00
Hansa Silberberg . .	4700	4900	Rothenberg	3325	3400
Hattorf-Aktien . . .	141,50	143,00	Sachsen-Weimar . .	7350	7350
Heiligenroda	8050	8200	Salzdetfurth-Aktien	235,00	240,00
Heldburg-Aktien . .	87,00	88,00	Salzmünde	5550	5650
Heldrungen I	2775	2875	Siegfried I	5950	6100
Heringen	7350	7450	Siegmundshall-Akt.	168,00	171,00
Hermann II	3500	3600	Teutonia-Aktien . .	119,00	120,00
Hohenfels	7950	8150	Walbeck	7300	7500
Hohensollern	6750	6850	Wilhelmshall	13,750	14,000
Hugo	7325	7900	Wintershall	21,700	22,300
Immenrode	6200	6300			

Regierung und Kaligesetz.

Nach den Informationen des „Berl. Börs.-Courr." besteht an zuständigen Stellen keinerlei Absicht, zurzeit in Abänderungen des Kaligesetzes einzutreten, wenn man auch die Bedenken gegen die vielen Neugründungen nicht verkennt. Es ist daher durchaus unwahrscheinlich, dass, selbst wenn von vereinzelter Parteiseite Anträge zum Reichskaligesetz gestellt würden, diese bei der Regierung Unterstützung finden würden. Hierbei dürfte für die Regierung ausschlaggebend sein, dass es zurzeit für die deutschen Interessen nicht angezeigt ist, Komplikationen in der Kalifrage zu schaffen. Auch werden erst weitere Erfahrungen mit der Wirksamkeit des Gesetzes abzuwarten sein.

Kaligewerkschaft Deutschland in Hannover. Der Betriebsüberschuss des 4. Vierteljahrs 1910 stellte sich auf 128 000 Mk., so dass sich für das Jahr 1910 ein solcher von 400 000 Mk. ergibt. Von diesem Betrage sind 150 000 Mk. als Ausbeute zur Verteilung gelangt. Vorbehaltlich der Zustimmung des Beirats sollen etwa 175 000 Mk. zu Abschreibungen verwandt und der Rest von 75 000 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Kaligewerkschaft Grossherzog Wilhelm Ernst. In Verwaltungskreisen der Gewerkschaft verlautet, der „Voss. Ztg." zufolge, dass die Kurssteigerung der Kuxe auf anhaltende Käufe zurückzuführen sei, die anscheinend ein Nachbarwerk vornehme zur Erlangung der Majorität. Eine vierteljährliche Ausbeute ist mit 50 Mk. in Aussicht genommen.

Am Hamburger Kaffeemarkt

war am Donnerstag die Tendenz wild schwankend. Die Preise gingen bis um 3 Pfg. zurück, und zwar auf ermässigte Offerten aus Brasilien hin und auf die rückgängige Tendenz an der New Yorker Börse.

Abtrennung der Dividendenscheine.

Wie kürzlich gemeldet, war der Berliner Börsenvorstand hauptsächlich infolge des mehrfach erörterten Vorkommnisses bei der Berliner Tiergartenreitbahn-Aktiengesellschaft von neuem der Frage näher getreten, ob es sich empfehlen würde, die Dividendenscheine auch von sogenannten Kassapapieren — analog der jetzt üblichen Usance bei Terminpapieren — erst nach der Generalversammlung der einzelnen Gesellschaften von den Stücken zu trennen.

Der Börsenvorstand hatte zur Prüfung der Angelegenheit eine Kommission eingesetzt, die gestern dem Plenum Bericht erstattete. Die Kommission ist zu dem Ergebnis gelangt, dass sich die Abänderung der jetzigen Usance, wonach bei Kassapapieren die Abtrennung der Dividendenscheine schon bei Ablauf des Geschäftsjahres erfolgt, empfehlen würde. Kommerzienrat Böhme erstattete hierzu ein ausführliches Referat.

Jute.

Westdeutsche Jutespinnerei und Weberei zu Beuel. In der Generalversammlung wurde die sofort zahlbare Dividende auf 8 Proz. festgesetzt. Geheimrat Strupp, Meiningen, wurde wieder in den Aufsichtsrat gewählt.

Besserung am Markt der Jute-Erzeugnisse. Der Verein Deutscher Jute-Industrieller in Braunschweig erstattet unter dem 8. Februar nachstehenden Wochenbericht: Kalkutta: Markt fester und höher. Hessians 10½ oz 40" bedingen 10,10 Rs. per 100 Yards. — New York: Markt preislich höher. Hessians 10½ oz 40" kosten 4,75 Cts. per Yard. — Dundee: Markt fester bei höheren Preisen. Es notieren: Hessians 10½ oz 40" 2⁷/₁₆ d bis 2⁹/₁₆ d (am 1. Februar 2⁷/₁₆ d bis 2⁹/₁₆ d) per Yard. Nr. 6 Schussgarn 1 sh 9 d bis 1 sh 9½ d (1 sh 8¾ d bis 1 sh 9 d) per Spyndle. — In Deutschland vermehrte sich die Nachfrage. Rohjute wie Fabrikate befinden sich in steigender Richtung.

Die 75 Mill. Mk. 4proz. Hamburgische Staatsanleihe werden am 15. d. M. zu 101,25 Proz. zur Zeichnung aufgelegt. Die Börsenzulassung soll in Hamburg, Berlin und Frankfurt erfolgen.

Stettiner Bank. Der Dividendenvorschlag lautet wieder auf 6 Proz.

Dresdner Immobilien-Verkehrsbank, A.-G. zu Dresden. In den Räumen der Dresdner Bank erfolgte am Mittwoch die Konstituierung der Dresdner Immobilien-Verkehrsbank, A.-G., mit dem Sitze in Dresden. Die ersten Aktienzeichner sind die Dresdener Bank, die Allgemeine Deutsche Creditanstalt, die Deutsche Bank, Filiale Dresden, die Dresdner Baugesellschaft in Dresden sowie die Leipziger Immobiliengesellschaft in Leipzig.

Das Aktienkapital beträgt 2 Mill. Mk., die voll gezeichnet sind. Zweck der Gesellschaft ist, Grundstücksgeschäfte aller Art und die damit in Zusammenhang stehenden Bankgeschäfte zu betreiben. Den Aufsichtsrat bilden die Herren Bankdirektor v. Roy, Vorsitzender, Bankdirektor Konsul Osswald, stellvertr. Vorsitzender, Bankdirektor Generalkonsul v. Klemperer, Kaufmann Fritz Heller, in Fa. Gebr. Heller, sämtlich in Dresden, sowie die Herren Direktor Dr. Wilhelm Just und Direktor W. Riedel in Leipzig. Den Vorstand bilden die Herren Rechtsanwalt Dr. Arthur Heim und Kaufmann Paul Sauer, beide in Dresden. Das neue Unternehmen stellt sich zur Aufgabe, „ohne sich an Bodenspekulationen zu beteiligen, auf der solidesten Basis die Bautätigkeit zu heben, den Hausbesitzern zur Modernisierung und Rentabilitätserhöhung ihres Grundbesitzes Unterstützungen zu gewähren und somit fördernd und belebend auf den Dresdner Grundstücksmarkt einzuwirken".

Bankdividende. Der Aufsichtsrat der Badischen Bank beschloss, wie aus Mannheim gemeldet wird, 6½ (5¾) Proz. Dividende in Vorschlag zu bringen.

Zur Stabeisenfrage berichtet die „Voss. Ztg.": An der letzten Sitzung der Stabeisenkonvention hat neben der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft auch das Peiner Walzwerk nicht teilgenommen. Das letztere hat übrigens früher schon erklärt, dass es sich über den 31. März hinaus an der Konvention nicht beteiligen werde.

Stahlwerksverband. Auf der Tagesordnung der nächsten Generalversammlung des Stahlwerksverbandes steht ein Antrag auf Festsetzung von Formeisenpreisen für das zweite Quartal. Eine Aenderung ist nicht beabsichtigt.

Der Zinnpreis befindet sich nach der vorangegangenen starken Hausse in der jüngsten Zeit in einem scharfen Rückgange. Am Donnerstag wurde er der „Voss. Ztg." zufolge aus London mit 176 £, also wiederum 6 £ niedriger, gemeldet. Innerhalb von 10 Tagen ist er um 28 £ gestürzt.

Amerikanische Kupferstatistik. Die Kupferproduktion im Januar zeigt einen Rückgang von 55,04 Tausend To. Gleichzeitig haben sowohl der Export als auch der inländische Abruf abgenommen, wodurch die Vorräte eine weitere Zunahme erfuhren.

Die Zentralheizungswerke Akt.-Ges. in Hannover schlägt bei erhöhten Abschreibungen aus 346 526 (i. V. 367 064) Mk. Reingewinn 17 Proz. gegen 18 Proz. Dividende vor. Vorgetragen werden 169 000 (174 000) Mk.

Die Deutschen Kabelwerke sind gut beschäftigt, so dass mit einer höheren Dividende (i. V. 8 Proz.) gerechnet werden kann.

Lausitzer Braunkohlensyndikat in Forst. Die Beteiligungsziffern des Syndikats betragen im Jahre 1911 zusammen 21 Mill. Hektoliter gegen 18 Mill. hl im Vorjahre. Der Absatz des Syndikats betrug im Jahre 1910 9 300 000 hl gleich 665 000 t gegenüber 632 000 t in 1909.

Waggonfabrik Akt.-Ges. in Rastatt. Dem Bericht zufolge betrug der Reingewinn des Geschäftsjahres 1909/10 einschliesslich 7848 (5826) Mk. Vortrag 77 054 (i. V. 9 Monate 58 814) Mk., woraus wieder 5 Proz. Dividende verteilt werden sollen. Ueber die Aussichten sagt der Bericht, dass es bei der allgemeinen Unsicherheit in der Waggonbau-Industrie nicht möglich sei, sie sicher zu beurteilen.

Hannoversche Waggonfabrik Akt.-Ges. in Hannover. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 7 (10) in Vorschlag zu bringen. Das abgelaufene Jahr hatte im Anfange unter ungenügender Beschäftigung zu leiden. Trotz hoher Materialienpreise, höherer Löhne und Steuern usw. waren Preiskonzessionen unerlässlich. Der vollständige Ausbau der Fabrikanlagen war für den Betrieb störend, und wenn auch die grossen Neubauten billig hergestellt wurden, so sind doch erhebliche Abbuchungen umfangreicher Erneuerungen vorweg mit ca. 85 000 Mk. vorgenommen. Aus den früher dafür bereitgestellten Summen werden der Baureserve 60 000 Mk., der Modellreserve 25 000 Mk. zugewiesen und auch aus den laufenden Jahresresultaten werden weitere 19 156 Mk. dem Gewinnvortrag zugeführt. Der Auftragsbestand ist erheblich grösser als im Vorjahre und, wie die Verwaltung erklärt, ist trotz der gedrückten Verkaufspreise durch volle Ausnutzung der Werkstätten für das laufende Geschäftsjahr ein günstigeres Resultat zu erwarten.

Sächsische Wollgarnfabrik vorm. Tittel & Krüger. Der Aufsichtsrat schlägt 10 Proz. Dividende (wie i. V.) bei sehr reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen vor.

Die Glacéledernhandlung Karl Röver in Halberstadt befindet sich laut „Coniect." in Zahlungsschwierigkeiten. Die Passiven betragen rund 150 000 Mk.

Celler Lederwerke vorm. Fritz Wehl & Sohn Akt.-Ges. in Celle. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der zum 27. März d. J. einberufenen Generalversammlung für das erste Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 5 Proz. vorzuschlagen.

Die Zigarrenkisten- und Wickelformenfabrik von Brüning & Sohn verteilt, wie aus Hanau gedrahtet wird, wieder 10 Proz. Dividende.

Die Hamburg-Bremer Amerika-Linie bestellte bei der Schiffswerft Frerichs einen 5000 Tonnendampfer. — Der Bremer Bankverein schlägt wieder 8 Proz. Dividende vor. — Die Dampfschiffahrtsgesellschaft „Neptun" erhöht ihre Dividende von 5 auf 7 Proz.

New Yorker Warenausfuhr. Der Wert der in der vergangenen Woche ausgeführten Waren betrug 17,6 Mill. Dollar gegen 14,8 Mill. Dollar in der Vorwoche.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 9. Februar. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 195,00—197,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländ. 149,00—150,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussisch., posenscher und schlesischer fein 175—182, mittel 162—172, gering 155—161, russisch. und Donau mittel 155—167, gering 149—154 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mixed 138—141, neuer abfallender —.—, runder 139,00—142,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 142,00—159,00, gute 160—172, russische und Donau leichte 130,00—134,00, schwere 134—143 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware mittel 151—156, Tauben erbsen 157—166 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 24,00 bis 27,50. Roggenmehl 0 und 1 18,80—21,20. Weizenkleie 9,75—11,10 Roggenkleie 9,50—10,25.

Magdeburg, 9. Febr. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen engl. und Sommer- lustlos, gut 193—198. Weizen Rauh- 193—194. Roggen inländ. still, gut 144—148. Gerste ausländ. Futtergerste stetig, gut 128—130. Hafer inl. fest, gut 165—171. Mais runder ruhig, gut 136—138, amerik. bunter, gut 136—137 M.

Hamburg, 9. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen ruhig. Ostholst. Mecklbg., 196—201. Roggen ruhig. Mecklbung. und Pomm., 146—155. Gerste stetig, südruss. 114—116. Hafer ruhig. Holsteiner, — —. Mecklenburger — — —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 162 bis 175. Mais fest. La Plata 105—107 mixed 99—100.

Liverpool, 9. Febr. Roter Winterweizen per März 7,6¹/₂ d, per Mai 6,4¹/₂ d. Still. Mais, amerik. Febr. 4,3¹/₂ d, La Plata Mai 4,5¹/₂ d. Still.

Antwerpen, 9. Febr. Deutscher La Platamais, Kontrakt B., per Febr. 5,62¹/₂ d, April 5,57¹/₂ d, Juni 5,52¹/₂ d, Aug. 5,47¹/₂ d, Okt. 5,45 Fr. Umsatz 135,000 kg. Behpt.

Pest, 9. Febr. Weizen per April 11,41 G., 11,42 B., per Mai 11,26 B., 11,27 B., per Okt. 10,89 G., 10,90 B. Roggen per April 9,14 G., 8,15 B., per Okt. 8,04 G., 8,05 B. Hafer per April 8,60 G., 8,61 B. Mais per Mai 5,80 G., 5,81 B. Raps Aug. 13,30 G., 13,90 B.

Zucker.

Hamburg, 9. Febr. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	9,27½	9,25	9,57½ M.
„ März	9,37½	9,30	9,35 „
„ Mai	9,56	9,45	9,50 „
„ August	9,70	9,65	9,70 „
„ Oktober	9,62½	9,60	9,60 „
„ Dezember	9,67½	9,62½	9,65 „
	stetig	schwächer	stetig

Kaffee.

Hamburg, 9. Febr. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	53 G.	56½ G.	50½ G.
„ Mai	51½ G.	50¼ G.	50½ G.
„ September	50½ G.	49¼ G.	49½ G.
„ Dezember	45¾ G.	48¼ G.	48½ G.
	unreg.	unregelmässig	

Rio de Janeiro, 9. Febr. Kaffee-Zufuhren 9,000 Sack in Rio 6,000 Sack in Santos.

Havre, 9. Febr. Kaffee good average Santos per März 62½, per Mai 62½, per Sept. 62½, per Dez. 62. Still.

Eier.

Berlin, 9. Febr. Eier pro Schock, vollfrische ausländische —,— bis —, in- und ausländische bessere Sorten 5,85—6,00, in- und ausländische geringere Sorten 5,45—5,50, zweite Sorten —,—,—. Kühlhauseier —. Kalkeier —,—, kleine Eier 4,20—4,60 Mark. Fest.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg, 9. Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 21,00—21,50. Geschäftslos.

Berlin, 9. Febr. Kartoffelmehl u. -Stärke 20,75—21,25. Feuchtes Kartoffelmehl 10,50.

Spiritus.

Nordhausen, 9. Febr. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—120 l) 87,75—88,75 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 98,00—99,00 M. per loko und Dez. 1910—Sept. 1911 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Köln, 9. Febr. Rüböl loko 63,00, per Mai 61,00. Still.

Hamburg, 9. Febr. Stadtschmalz 58,00, amerik. Steam 43,50, Chamberlain 50,00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 9. Febr. Chilisalpeter per loko 9,37½, Febr.-März 9,35 frei Fahrzeug Hamburg. Fest.

Wolle.

Bremen, 9. Febr. Baumwolle still. Upl. loko middl. 73,75 Pfg.

Liverpool, 9. Febr. Baumwolle. Umsatz 7 000 Ballen, Import 31,000 Ballen, davon Amerikaner 30,000 Ballen.

Liverpool, 9. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 10,00.

Alexandria, 9. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 18,18, Mai 18,23, Nov. 18,11.

Metalle.

London, 9. Febr. Chili-Kupfer kaum stetig 54½, 3 Mon. 56, Zinn Straits irregulär 175½, 3 Mon. 175. Blei span., stetig 13 3/16, engl. 13 7/16. Zink gewöhnliche Marke, stetig 23½, spez. Marke 24½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	9.2.	8.2.	Chicago.	9.2.	8.2.
Weizen p. Mai	101	100¼	Weizen p. Mai	95	94⅜
„ „ Juli	100	99⅝	„ „ Juli	93⅞	92¾
Mais p. Mai	57	56½	Mais p. Mai	49⅛	49⅛
„ „ Juli	—	—	„ „ Juli	50⅝	50⅛
Mehl Spring clears	4,05	4,10	Hafer p. Mai	32⅛	32
Kaffee Fair Rio Nr. 7	13¾	13¾	„ „ Juli	32	31⅞
„ p. Febr.	10,20	10,92	Roggen p. Jan.	91	81
„ p. März	10,25	10,96	Schmalz p. Mai	9.70	9.57
Petroleum in Cases	8,90	8,90	„ „ Juli	9,60	9,47
do. in New York	7,40	7,40			
do. in Philadelphia	7,40	7,40			

Tendenz: Weizen fest. Mais stetig.

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 11. Febr. Batavia. 16. Febr. Amerika. 23. Febr. President Grant. 2. März Kaiserin Auguste Victoria. 4. März Pennsylvania. 11. März President Lincoln. 18. März Amerika. 23. März Pretoria. — Nach Boston: 14. Febr. Silvia. 28. Febr. Patricia. — Nach Baltimore: 11. Febr. Georgia. 14. Febr. Silvia. 28. Febr. Patriacia. — Nach Philadelphia: 11. Febr. Prinz Oskar. 26. Febr. Prinz Adalbert. — Nach New Orleans: 15. Febr. Hohenfelde. 15. März Atlantic. — Nach Westindien: 18. Febr. Sardinia. 20. Febr. Bolivia. 28. Febr. Calabria. — Nach Mexiko: 12. Febr. Kronprinzessin Cecilie. 15. Februar Frankenwald. — Nach Ostasien: 10. Febr. Sachsen. 16. Febr. Suevia. 24. Febr. Arcadia. 3. März Bayern. — Nach Wladiwostok: 10. Febr. Lena. — Arabisch-Persischer Dienst: 25. Febr. Istria.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Umstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel .	8. Febr.	+0,56	9. Febr.	+0,55	1	—
Nebra, Oberpegel . . .	„	+2,10	„	+2,08	2	—
„ Unterpegel . . .	„	+1,44	„	+1,44	—	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,48	„	+2,44	2	—
„ Unterpegel	„	+0,32	„	+0,28	4	—
Tretha	8.	+2,04	9.	+1,94	10	—
Alsleben, Oberpegel . .	8.	+2,48	9.	+2,46	2	—
„ Unterpegel . .	„	+1,70	„	+1,65	5	—
Bernburg	„	+1,24	„	+1,11	13	—
Kalbe, Oberpegel . . .	„	+1,59	„	+1,56	3	—
Unterpegel . . .	„	+0,94	„	+0,84	10	—

Elbe.		Fall	Wuchs	Elbe.		Fall	Wuchs
	Febr.				Febr.		
Jungbunzl. .	8. +0,17	1	—	Wittenberg	9. +2,45	10	—
Laun	„ −0,12	4	—	Rosslau . . .	„ +1,90	6	—
Budweis . . .	„ −0,02	4	—	Barby	„ +2,17	11	—
Prag	„ —	—	—	Schönebeck	„ +1,96	10	—
Pardubitz . .	„ −0,15	3	—	Magdeburg .	„ +1,82	8	—
Brandeis . . .	„ +0,83	1	—	Tangermde.	„ +2,86	7	—
Melnik	„ +0,58	7	—	Wittenberge.	„ +2,55	11	—
Leitmeritz .	9. +0,14	18	—	Dömitz . . .	8. +2,28	15	—
Aussig	„ +0,38	18	—	Boizenburg .	„ +2,20	9	—
Dresden . . .	„ −0,98	15	—	Hohnstorf . .	„ +2,27	13	—
Torgau	„ +1,38	12	—	Lauenburg .	9. +2,29	13	—

Aussig, 9. Febr. Pegelstand plus 24 cm. Vom Oberlauf werden 75 cm Fall gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19110210016/fragment/page=0005

Berliner Börse, 9. Febr. 1911

Die Rubrik in Cursfrachtin gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: Börsenkursgesetz: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Goeld: 1 G. Gulden = 1 fl. ö. W. Gulden: 1 fl. holl.: 1,70. — 1 Rbl.: 3,00. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Kr.: 0,85. — 1 Rbl.: 2,16. Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M. Berlin. Bankdiskont 4½%, Lombardzinsfuß 5½%. Privatdiskont 3½%, a bedeutet einschliesslich Dividende. Nachdr. verb.

| | | |